



## PROTOKOLL EINWOHNERRAT

DATUM UND ZEIT	<b>Montag, 27. Februar 2017, 19.00 Uhr, Grossratssaal</b>
PROTOKOLL NR.	2. Sitzung 2017
ANWESEND	48 Mitglieder des Einwohnerrates 7 Mitglieder des Stadtrates Daniel Roth, Stadtschreiber Jan Hlavica, Stadtbaumeister Kurt Schneider, Leiter Stadtentwicklung Laura Pfund, Stadtbauamt, Stadtentwicklung Jules Friker, Kreisschulpflege Buchs-Rohr
ENTSCHULDIGT	Peter Jann, Einwohnerrat Christian Oehler, Einwohnerrat
VORSITZ	Lelia Hunziker, Präsidentin
PROTOKOLLFÜHRER/-IN	Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber



## Traktanden

	Seite
1. Mitteilungen	61/63
2. Inpflichtnahme von Alois Debrunner als neues Ratsmitglied (anstelle von Oliver Bachmann)	62
3. Anfragen	
3.1 Pascal Benz (FDP): Mögliche Erträge aus Werbe-Leuchtsäulen	65
3.2 Heinz Suter und Libero Taddei (SVP): Zukunft des Stadions Torfeld Süd	68
3.3 Gabriela Suter und Nicola Müller (SP): Hintergründe und Folgen der KEBA-Abendschliessung	70
3.4 Beat Krättli (SVP): KEBA-Debakel	73
3.5 Simon Burger (SVP): Petition Altersheime	76
4. Beat Krättli (SVP): Antrag zur Einsetzung einer "PUK KEBA"	79
5. Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen Schachen	86
6. Umsetzung der städtischen Energie- und Klimaziele	87
7. Neubau FuSTA und Kindergarten Aarau Rohr; Baukredit	98
8. Abwasserverband Aarau und Umgebung (AVAU); Baurechtsvertrag	107
9. Postulat "Aarau wird Fair Trade Town"; Antrag auf Nichtüberweisung	110
10. Kreditabrechnung Überbauung Mühlemattstrasse, Umlegung Kanalisations- und Sauberwasserleitung	115
11. Kreditabrechnung Einrichtung und Ausstattung Stadtmuseum	116
12. Kreditabrechnung Sanierung Florastrasse; Projektierung	117
13. Kreditabrechnung Werkleitungserneuerungen und Belagssanierung Rauchensteinstrasse / Hunzikerstrasse	118



## Traktandum 1

### 12. Mitteilungen

---

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur zweiten Sitzung in diesem Jahr.

Die **Präsidentin** gibt die Entschuldigungen bekannt.

Ich begrüsse auf der Tribüne recht herzlich die Schülerinnen und Schüler vom CAS öffentliches Gemeinwesen Stufe II von der Fachhochschule Nordwestschweiz, Fachkompetenz Gemeinwesen/schreiber/innen und bei uns im Saal begrüsse ich noch speziell Jules Friker, er ist Schulpfleger der Kreisschulpflege Buchs-Rohr und vertritt das Geschäft der FuSTA.

Dann kommen wir zur Traktandenliste. Ich frage normalerweise nicht gross ab, ob es Änderungen gibt, aber dieses Mal ist es so, dass eine Änderung beantragt wird. Sie haben es alle mitbekommen gestern in den Medien und heute per Mail, dass ein Antrag von der SVP eingereicht worden ist. Wir waren in engem Kontakt heute während des Tages, haben diesen Antrag noch ein wenig bearbeitet und es liegen nun ein Antrag und ein Eventualantrag vor. Es geht darum, dass wir über die Dringlichkeit dieses Antrages beschliessen. Er wird nur auf die Traktandenliste gesetzt, falls er dringlich erklärt wird, andernfalls erscheint er nächstes Mal auf der Traktandenliste. Ich lese Ihnen den **Antrag** vor und danach gebe ich dem Antragsteller die Möglichkeit, die Dringlichkeit zu begründen.

*Die SVP Aarau-Rohr beantragt dem Einwohnerrat, gestützt auf § 68 Absatz 2 der Gemeindeordnung sowie gestützt auf das Geschäftsreglement § 27 Absatz 3, die Einsetzung einer Kommission, um die offenen Fragen rund um die KEBA-Sanierung zu klären.*

Falls dieser Antrag nicht angenommen würde, gibt es einen zweiten dringlichen Antrag, einen **Eventualantrag**:

*Die SVP Fraktion beantragt dem Einwohnerrat, die FGPK mit der Klärung der offenen Fragen rund um die KEBA-Sanierung zu beauftragen.*

Wir kommen nun zuerst zum Traktandum 2 (Inpflichtnahme), danach passen wir die Traktandenliste an.



*Traktandum 2*

### **13. Inpflichtnahme von Alois Debrunner als neues Ratsmitglied (anstelle von Oliver Bachmann)**

---

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** An der letzten Sitzung haben wir Oliver Bachmann verabschiedet. Sein Nachfolger hat bereits im Rat Platz genommen. Das Wahlbüro der Stadt Aarau hat Alois Debrunner mit Entscheid vom 5. Januar 2017 als gewählt erklärt. Er hat die Wahl angenommen.

Die Vorsitzende verliest die Gelöbnisformel gemäss § 3 des Geschäftsreglementes.

**Alois Debrunner** leistet das Gelöbnis durch Nachsprechen der Worte: *"Ich gelobe es"*.

Das neue Mitglied des Einwohnerrates stellt sich danach mit eigenen Worten kurz vor.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Ich heisse Alois Debrunner herzlich im Einwohnerrat willkommen und wünsche ihm eine interessante Zeit.



## Traktandum 1

### 12. Mitteilungen (Fortsetzung)

---

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Wir beschliessen jetzt über die Dringlichkeit des Antrages der SVP, weil dies traktandenrelevant ist. Wir werden aber zu den beiden Anträgen erst nach den Anfragen kommen, weil ja auch zwei Anfragen zu diesem Thema vorliegen und sich dann möglicherweise auch schon einiges klärt. Jetzt geht es um die Dringlichkeit und ich bitte Beat Krättli, uns darzulegen, weshalb die beiden Anträge dringlich sind.

**Beat Krättli:** Im Moment werden wir fast täglich sowohl von den Medien als auch von direkt Betroffenen mit neuen Sachverhalten konfrontiert. Die darin geschilderten Umstände sind mehr als nur besorgniserregend. Hinzu kommt der Umstand, dass sich aktive und ehemalige Vertreter der Exekutive in der Öffentlichkeit äussern. Das ist wohl nachvollziehbar. Allerdings haben die teils widersprüchlichen Botschaften und subtil versteckten Schuldzuweisungen bisher nicht für mehr Transparenz gesorgt. Im Gegenteil: Es herrscht je länger desto mehr der Eindruck vor, dass nicht nur die Begleitung von Grossprojekten Mängel aufweist, sondern auch die Kommunikationsstrategie der Stadt Aarau. Die Öffentlichkeit hat – genauso wie der Einwohnerrat – Anspruch darauf, lückenlos, faktengetreu und zeitnah über diese Vorgänge informiert zu werden, welche zur KEBA-Misere geführt haben. Das wurde nach unserem Dafürhalten in der Vergangenheit sträflich unterlassen. Sie können jetzt aus formaljuristischen Gründen die Dringlichkeit unseres Antrages in Frage stellen respektive negieren. Sie können auch geltend machen, dass der Begriff „Öffentlichkeitsinteresse“ nicht abschliessend definiert ist. Das stimmt. Überlegen Sie einfach, welches Signal Sie damit an die Bevölkerung richten. Sie werden die Antworten darauf relativ schnell in den Kommentarspalten, Leserbriefen und auf den Social-Media-Plattformen finden. Es wäre absolut fatal, wenn die Aarauer Bevölkerung den Eindruck bekäme, gewisse Parteien verschliessen sich einer transparenten Aufarbeitung, nur um ihre Exekutiv-Vertreter – ehemalige gleichermassen wie aktive – aus der Schusslinie zu nehmen oder präventiv in der sicheren Deckung zu halten. Gestern hat mir ein Mitglied dieses Rates unterstellt, es gehe der SVP eh nur um „Politainment“ – also um politische Unterhaltung. Ich zweifle daran, dass die KEBA-Anwohner, die Sportvereine und die Eiskunstlaufliebhaber das KEBA-Debakel mit Unterhaltung oder Spektakel assoziieren. Ausserdem haben wir Grund zur Annahme, dass es sich bei den bislang bekannten Fehlleistungen rund um das Baubewilligungsverfahren lediglich um die berühmte Spitze des Eisberges handelt. Es ist zu befürchten, dass noch weitere, wesentlich schwerwiegendere Vorwürfe an die Stadt Aarau und die Bauverwaltung gerichtet werden. Aus allen diesen Gründen erachten wir die Dringlichkeit unseres Antrages als eindeutig gegeben. Wir erachten es als wichtig, ein starkes Signal in Richtung Öffentlichkeit zu senden, ein Signal, dass nicht den geringsten Zweifel offen lässt, dass zumindest der Einwohnerrat gewillt ist, für Licht im KEBA-Debakel zu sorgen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Sie erhalten die beiden Anträge. (Pause von drei Minuten.) Möchte sich jemand äussern zu dieser Dringlichkeit?

**Alexander Umbricht:** Ich frage mich, ob sich die Reihenfolge ein wenig ändern lässt. Ich hatte bis jetzt keine Gelegenheit, die Antworten auf diese Anfragen zu lesen, und fühle mich nicht ganz



optimal vorbereitet, weil ich diese Fakten nicht habe, um sagen zu können, ob es dringlich ist oder nicht. Ich halte beides für möglich. Wäre es möglich, zuerst die Antworten zu diesen Anfragen zu hören und danach über die Dringlichkeit zu bestimmen? Ich glaube, dies würde ein wenig mehr Entscheidungsgrundlage bieten.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Grundsätzlich ist es so, dass wir jetzt über die Traktandenliste beschliessen müssen. Also, von mir aus können wir über die Dringlichkeit auch später beschliessen. Dann kommen wir jetzt zur Beantwortung der Anfragen, dann zum Beschluss über die Dringlichkeit.



Traktandum 3  
GV 2014 - 2017 / 308

## 14. Anfrage Pascal Benz (FDP): Mögliche Erträge aus Werbe-Leuchtsäulen

---

Am 6. Dezember 2016 reichte Einwohnerrat **Pascal Benz** für die Fraktion der FDP. Die Liberalen Aarau eine Anfrage zu möglichen Erträgen aus Werbe-Leuchtsäulen (digitale Werbeflächen) ein. Darin wird Bezug genommen auf eine Mitteilung im Tagesanzeiger vom 30. November 2016, wonach die Stadt Zürich mit Werbe-Leuchtsäulen als moderne Form der Litfasssäulen im öffentlichen Raum jährliche Erträge von rund 100'000 Franken pro Säule bei Investitionskosten von rund 40'000 Franken erzielt, was für die 30 digitalen Werbeanlagen zu Erträgen von rund 3'000'000 Franken pro Jahr führt.

Die Fraktion der FDP. Die Liberalen Aarau möchte beim Stadtrat das Potential solcher Werbe-Leuchtsäulen in Aarau in Erfahrung bringen und stellt dazu Fragen.

### Beantwortung der Fragen

**Frage 1:** Mit welchen jährlichen Erträgen rechnet der Stadtrat, wenn das Zürcher-Betriebskonzept für Werbe-Leuchtsäulen in Aarau eingeführt würde?

Aarau lässt sich mit der Stadt Zürich, als grösste Stadt der Schweiz, und deren City nicht vergleichen. Das verdeutlichen die nachfolgenden Zahlen eindrücklich, z.B. bei der Siedlungsfläche (Stadt Zürich: 544'100 m<sup>2</sup> / Stadt Aarau: 60'800 m<sup>2</sup>; ca. 11 %), der Einwohnerzahlen (Stadt Zürich: 396'027 / Stadt Aarau: 20'687; ca. 5.2 %) und den Erwerbstätigen (Stadt Zürich: 455'558 / Stadt Aarau: 40'616; ca. 8.9 %).

Ein Werbe- und Betriebskonzept für digitale Werbeanlagen orientiert sich stets an der Werbeattraktivität einer Stadt bzw. eines Quartiers oder Strassenzuges, bzw. es hängt von der Anzahl und dem Potential der Empfänger der Werbebotschaften ab. Legt man für die Stadt Aarau das Zürcher Betriebskonzept zugrunde und hebt man Aarau auf die gleiche Stufe wie die City Zürich und berücksichtigt zudem, dass Werbe-Erträge stets nachfrageabhängig sind, scheidet ein Vergleich schon an den ungleichen bzw. fehlenden Voraussetzungen. Der Stadtrat bezweifelt daher, dass eine genügende Nachfrage aufgrund des Kosten- / Nutzenverhältnisses vorhanden ist.

**Frage 2:** Welche Standorte in Aarau kommen dafür in Frage?

Werbeattraktive Standorte sind gut einsehbar und müssen wahrgenommen werden. Grosse, leuchtende und drehende Werbeanlagen wie die Zürcher Litfasssäulen (1.18 m breit / 3.40m hoch) werden im öffentlichen Raum nicht nur als Bereicherung, sondern auch als störend wirkende Einrichtungen wahrgenommen. Sie können damit das Orts-, Quartier- und Strassenbild beeinträchtigen und sich nachteilig auf den gepflegten und sorgfältig gestalteten Aussenraum auswirken.



Werbewirksame Standorte im öffentlichen Raum sind Zentrumslagen, gut frequentierte Strassen in Innenstädten und Bahnhöfen und deren Nahbereiche. Als möglicher Standort für eine digitale Werbefläche lässt sich im öffentlichen Raum einzig der Bereich um die Bushaltestelle beim Bahnhof ausmachen.

Andere Standorte, z.B. entlang der Bahnhofstrasse, der Igelweid oder der Kasinostrasse erfüllen die werbe- und umsatzmässigen Voraussetzungen und damit die zu erwartenden Ertragsvorstellungen kaum und der öffentliche Raum in der Aarauer Altstadt (ISOS, Kant. Denkmalschutzobjekte) kommt für digitale Werbung wohl nicht ernsthaft in Frage.

**Frage 3:** *Bis wann ist es dem Stadtrat möglich, ein Konzept für den Betrieb von Werbe-Leuchtsäulen zu erstellen und dem Einwohnerrat vorzulegen?*

Werbegeeignete Standorte auf öffentlichem Grund der Stadt Aarau sind bereits zahlreich mit Werbeflächen in Form von Plakatstellen belegt und werfen einen jährlichen Ertrag ab. Das kommerzielle Interesse (bzw. das Interesse an höheren Erträgen aus digitalen Werbeanlagen auf öffentlichem Grund) müsste dabei den städte- und ortsbaulichen, architektonischen und landschaftlichen Interessen gegenübergestellt werden.

Aarau ist mit Zürich nicht vergleichbar und es besteht kaum eine Nachfrage nach kostenintensiven Werbeflächen.

Aufgrund der heute vorliegenden Erkenntnisse und Abklärungen, sowie unter Abwägung der Interessen, sieht der Stadtrat derzeit keinen Handlungsbedarf für die Ausarbeitung eines Konzepts für den Betrieb von digitalen Werbeeinrichtungen bzw. Werbe-Leuchtsäulen. Entsprechend verzichtet der Stadtrat darauf, dem Einwohnerrat eine solche Vorlage zu unterbreiten.

**Pascal Benz:** In seiner Antwort auf meine Anfrage zu den Werbeleuchtsäulen in der Stadt Aarau hat der Stadtrat festgestellt, dass er Standorte wie die Igelweid oder die Bahnhofstrasse nicht als günstig erachtet für digitale Werbung. Allerdings hat er seinen Antworten keine fundierten Analysen beigelegt, welche die gemachte Aussage stützen würden. Als Konsequenz dessen habe ich mich entschieden, direkt bei Anbietern dieser digitalen Werbemittel nachzufragen, um Zahlen zu erhalten, die ich dann dem Stadtrat zur Verfügung stellen kann. Ich habe infolgedessen mit Clear Channel und der APG Kontakt aufgenommen und von beiden Zahlenmaterial zu ihren digitalen Werbeträgern erhalten, aus verschiedenen Schweizer Städten, unter anderem auch Biel, eine Stadt, die durchaus mit Aarau vergleichbar ist. Allerdings bin ich der Ansicht, dass weder ich noch der Stadtrat noch die städtische Verwaltung über die notwendigen Kompetenzen respektive Fachwissen verfügen, um eine fundierte Analyse zu digitalen Werbeträgern durchzuführen. Mit Clear Channel und APG stehen jedoch zwei interessierte Firmen bereit, welche gemeinsam mit der Stadt Aarau das Vermarktungspotential dieser digitalen Werbeträger einschätzen möchten. Solche Kooperationen haben in mehreren Städten in der Schweiz bereits gut funktioniert. Und ich bin der Meinung, es gibt keine Anhaltspunkte in der Stadt Aarau, dass eine solche Kooperation nicht funktionieren sollte. Ich erlaube mir deshalb, am Ende meiner Ausführungen dem Stadtrat von Aarau zwei Dossiers zu überreichen, wo sowohl diese Beispiele von anderen Städten vorhanden





sind als auch meine Korrespondenz mit den beiden Anbietern und deren Kontaktdaten. Ich lege dem Stadtrat ans Herz, diese Dossiers durchzulesen und am Ende mit diesen beiden Anbietern Clear Channel und APG zu besprechen, ob eine Zusammenarbeit in diesem Fall möglich ist. Abschliessend möchte ich dem Stadtrat auch noch klar machen, dass digitale Werbeträger nicht einfach zusätzliches Ertragspotenzial bieten, es ist auch ein Teil einer möglichen Smart City Aarau, wo digitale Technologien ermöglichen, näher und enger und persönlicher zu den Bürgern zu rücken, und folglich eine bürgernähere Stadt Aarau schaffen können. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Werner Schib, Stadtrat:** Anfragen sind nicht da, um eine grosse Diskussion zu starten; ich habe das Dossier auch noch nicht gesehen, aber wir werden es sicher prüfen, die Unterlagen einsehen, die uns hier eingereicht wurden, und die Situation analysieren.



Traktandum 3  
GV 2014 - 2017 / 336

## 15. Anfrage Heinz Suter und Libero Taddei (SVP): Zukunft des Stadions Torfeld Süd

---

Am 13. Februar 2017 reichten die Einwohnerräte **Heinz Suter** und **Libero Andreas Taddei** (SVP Aarau-Rohr) eine Anfrage betreffend Zukunft des Fussballstadions Torfeld Süd ein.

### Beantwortung der Fragen

***Frage 1:** Wie ist der heutige Stand der Verhandlungen, des Projektes und wie sehen die nächsten Schritte aus?*

Die HRS, Baumeisterin des Stadions, hat im Dezember 2016 zur Arrondierung des Areaales das direkt an das Stadion angrenzende Grundstück der Implenia (Baufeld 6 des Gestaltungsplanes) erworben. Dies zeigt das grosse Interesse der Investorin am Stadionprojekt. Gleichzeitig eröffnet dies Chancen, das durch die Beschwerdeverfahren jahrelang verzögerte Projekt unter neuen Rahmenbedingung zu optimieren und die Finanzierung des Gesamtprojektes sicherzustellen.

Der Stadtrat nimmt auch in Bezug auf den Auftrag, möglichst rasch zu einem Stadionneubau zu gelangen, laufend eine aktuelle Beurteilung und Risikoabwägung vor. Sobald die Konsequenzen der aktuellen Situation mit allen Direktbeteiligten konsolidiert sind, kann über die nächsten Schritte und die konkreten Termine informiert werden.

***Frage 2:** Bis wann wird eine aktualisierte Kostenschätzung von HRS erwartet?*

Wir gehen von einer Kostenschätzung vor den Sommerferien 2017 aus.

***Frage 3:** Entsprechen die in der AZ erwähnten Mehrkosten von 3 Millionen Franken der Realität. Wenn nein: mit welchen Mehrkosten muss gerechnet werden?*

Dem Stadtrat liegt bis heute keine Mehrkostenforderung vor.

***Frage 4:** Wann wird Bevölkerung und Einwohnerrat über das weitere Vorgehen informiert werden?*

Die nächste Information erfolgt, sobald ein konsolidierter Terminplan zur Umsetzung des Bauprojektes vorliegt.

***Frage 5:** Steht der Aarauer Stadtrat unverändert geschlossen hinter dem Vorhaben des Fussballstadions „Torfeld Süd“?*

Ja.



**Libero Taddei:** Ich bedanke mich für die Beantwortung unserer Anfrage. Wir sind natürlich mit dem, was wir erhalten haben, nicht zufrieden. Das Einzige, was uns wirklich überzeugt, ist bei der Frage 5, dass der Stadtrat noch geschlossen hinter dem Torfeld Süd steht. Diese Frage können wir akzeptieren. Bei den anderen müssen wir uns überlegen, ob wir nochmals nachhaken, weil wir eigentlich mit dieser Beantwortung unserer Anfrage jetzt nicht mehr wissen als vor der Fragestellung.



Traktandum 3  
GV 2014 - 2017 / 337

## 16. Anfrage Gabriela Suter und Nicola Müller (SP): Hintergründe und Folgen der KEBA-Abendschliessung

---

Am 16. Februar 2017 reichten **Gabriela Suter** und **Nicola Müller** für die Fraktion der SP eine Anfrage zu den Hintergründen und Folgen der KEBA-Abendschliessung ein.

### Beantwortung der Fragen

*Frage 1: Welche weitergehenden Informationen kann der Stadtrat zum Hintergrund und Stand des Verfahrens machen?*

Beim 2010 eingereichten Baugesuch für den gesamten KEBA-Umbau musste auch die Erneuerung der damals bestehenden Öffnungs- und Betriebszeiten neu beantragt werden. Dabei wurden im Gesuch die "Öffnungszeiten" mit den "Betriebszeiten" verwechselt. Die richtigen Betriebszeiten wurden aber noch während des Baubewilligungsverfahrens nachgereicht. Die von der Gemeinde Suhr erteilte Baubewilligung enthielt dann die richtigen "Betriebszeiten", diese wurden aber aufgrund einer Beschwerde seitens Einsprecher vom Kanton wieder korrigiert, da der Nachtrag nicht aufgelegt hatte und nicht nachträglich aufgelegt wurde. Um den Baubeginn nicht zu verzögern, hatte die Baudelegation dies damals akzeptiert und beschlossen, später ein ergänzendes Baugesuch mit den "richtigen" Betriebszeiten einzureichen. Im Februar 2016 wurde der zuständigen Gemeinde Suhr ein ergänzendes Baugesuch mit den korrigierten KEBA-Betriebszeiten eingereicht.

Gegen dieses Gesuch sind bei der Gemeinde Suhr Einwendungen eingegangen, die bisher nicht bereinigt werden konnten.

Der Stadtrat hat bereits am 20. Februar 2017 eine interne Aufarbeitung eingeleitet, bei welcher die Abläufe und der Sachverhalt seit 2010 dokumentiert werden. Danach soll eine externe, unabhängige Person mit der Untersuchung beauftragt werden. Dabei sollen auch die Rollen der verschiedenen Beteiligten aufgezeigt werden. Der Stadtrat strebt an, den Bericht der externen Untersuchung im 2. Quartal 2017 der FGPK zur Kenntnis zu bringen.

Nach der Verfügung der Gemeinde Suhr zur Einhaltung der (falschen) bewilligten KEBA-Betriebszeiten wurde am 21. Februar 2017 in einem Gespräch mit den Einwendenden ein Weg entwickelt, der die Nutzung der KEBA für alle Vereine, die Öffentlichkeit und die Schulen sicherstellen kann, und gleichzeitig für die Anwohner akzeptabel ist. Ziel ist es, noch im März 2017 für die KEBA eine Entscheidung über eine Übergangsbewilligung für die erweiterten Betriebszeiten, einstweilen auf zwei Jahre befristet, zu erhalten.

*Frage 2: Welche Forderungen stellen die Einsprecher/-innen?*

Gegenwärtig laufen diesbezüglich die verschiedenen Einwendungsverfahren. Wie aber bereits den Medien entnommen werden konnte, stehen insbesondere die Lärmemissionen der KEBA (und der



Fussballfelder) im Mittelpunkt. Es ist naheliegend, dass bei der KEBA vor allem der Bewirtschaftung des Ausseneisfelds besondere Beachtung zukommt.

**Frage 3:** Welche Gründe führen die Einsprecher/-innen für ihre Forderungen an?

Die Einsprechenden sehen sich im Wesentlichen von Emissionen unterschiedlichster Art jeweils in ihrem Alltag gestört.

**Frage 4:** Wird eine finanzielle Entschädigung diskutiert?

Bisher sind keine finanziellen Entschädigungen diskutiert worden.

**Frage 5:** Wie viele Trainingseinheiten mit wie vielen Personen sind pro Woche von der Abendschliessung betroffen?

Die Betriebszeiten der Eishalle betragen vor der Sanierung total 105 Stunden an 7 Tagen. Dies gilt ebenso für das Gesuch vom Februar 2016. Aufgrund der Abendschliessung ergibt sich folgende Reduktion für die Eishalle:

Bewilligte Stunden Eishalle:	37 Stunden (35%)
Ausfallende Stunden Eishalle aufgrund Schliessung:	68 Stunden (65%)

Die Betriebszeiten des Ausseneisfeldes betragen vor der Sanierung total 98 Stunden an 7 Tagen. Dies gilt ebenso für das Gesuch vom Februar 2016. Aufgrund der Abendschliessung ergibt sich folgende Reduktion für das Ausseneisfeld:

Bewilligte Stunden Ausseneisfeld:	70 Stunden (71%)
Ausfallende Stunden Ausseneisfeld aufgrund Schliessung:	28 Stunden (29%)

Ausfallende Trainingseinheiten Eishockey über 4 Wochen:

4 x 500 Personen

4 x 30 Stunden, d.h. 4 x 17 Lektionen

120 Stunden

**Frage 6:** Welche (finanziellen) Folgen hat die Abendschliessung der KEBA für

a) die betroffenen Vereine?

b) die Betreiberin der KEBA

c) die Stadt Aarau?

Die Konsequenzen der vorzeitigen Schliessung der Eishalle und des Ausseneisfelds für den Trainingsbetrieb sind noch unklar.

Die Vereine und die KEBA AG werden ihre Rechnungen im Sommer vorlegen.

Die Stadt Aarau hat mit der KEBA AG einen jährlichen Pachtzins vereinbart. Der Start der Saison 2016/2017 erfolgte gut zwei Monate später als in den Vorjahren. Für diesen Ausfall wurde eine



«pro rata temporis»-Lösung gefunden; die frühere Schliessung von wichtigen Teilen der KEBA wird auch am Saison-Ende zur Reduktion von Einnahme-Anteilen führen. Wie hoch diese Ausfälle sind, ist noch nicht bezifferbar; die Besucherfrequenz zwischen November 2016 und Februar 2017 war aber sehr hoch.

**Frage 7:** *Existieren zur Aufrechterhaltung ihres Betriebs Ausweichmöglichkeiten für die betroffenen Vereine?*

In der Bauzeit der neuen KEBA haben die Vereine externe Optionen wahrnehmen können. Kurzfristig sind solche Lösungen aber kaum zu realisieren. Die von der aktuellen Schliessung betroffenen Hockey- und Eislauf-Vereine sind entsprechend gezwungen, in diesen Wochen diverse Trainings-Einheiten ausfallen zu lassen. Die geplanten Spiele, Turniere und Veranstaltungen konnten mit Sonderbewilligungen der Gemeinde Suhr auf der KEBA realisiert werden.

**Nicola Müller:** Ich danke im Namen der SP-Fraktion dem Stadtrat, dass er diese Fragen so schnell beantworten konnte, und würde den zuständigen Stadtrat gerne darum bitten, dass er den Teil mit der internen Aufarbeitung noch rasch mündlich erläutern würde.

**Hanspeter Hilfiker, Stadtrat:** Es geht uns in den letzten Tagen insbesondere darum, dass wir vor allem für diese Vereine, für die es eine ganz schwierige Situation ist, eine Lösung finden, und wir werden da auch die Informationen aufrecht erhalten und hoffen, dass wir eben mit diesen Anstrengungen, die wir jetzt unternommen haben, schnell eine Lösung finden. Zur Frage von Nicola Müller, wie es intern weitergehen soll: Wir haben das heute Nachmittag auch nochmals besprochen und letzte Woche bereits festgehalten, dass wir natürlich die internen Abläufe untersuchen müssen, wie es dazu kommen konnte. Sie müssen sich bewusst sein, dass das Projekt ein sehr langdauerndes Projekt ist, ein Projekt, welches 2009 mit einer Abstimmung begonnen hat, ab 2010 dann in die Projektphase überging. Und da hat es viele Wechsel gegeben, auch in der Bearbeitung dieses Projektes. Das müssen wir intern aufnehmen, das ist der erste Entscheid, den wir getroffen haben. Wir sind uns auf der anderen Seite bewusst, dass dieses Projekt ein grosses Projekt ist, welches eben nicht nur intern bei uns abläuft, und haben deshalb den Entscheid gefasst, dass wir nach dieser internen Aufarbeitung auch eine externe, unabhängige Person beiziehen wollen, welche eine Beurteilung vornimmt, damit wir schnell, eben Grössenordnung Mai/Juni, ein Resultat vorlegen können, was genau abgelaufen ist und was idealerweise geändert werden kann, damit so etwas in Zukunft nicht mehr geschieht. Wir haben uns auch vorgenommen, dass man diesen Bericht, der dann vorliegen soll im zweiten Quartal, selbstverständlich der FGPK geschäftsprüfende Kommission zur Kenntnis bringen wird.



Traktandum 3  
GV 2014 - 2017 / 341

## 17. Anfrage Beat Krättli (SVP): KEBA-Debakel

---

Am 25. Februar 2017 hat Einwohnerrat **Beat Krättli** (SVP) eine dringende Anfrage zum KEBA-Debakel eingereicht.

**Hanspeter Hilfiker:** Gerne beantworte ich Ihnen die Fragen wie folgt:

***Frage 1:** Ist die Problemerkennung rund um die KEBA vollständig oder müssen wir noch mit weiteren unerfreulichen „Überraschungen“ rechnen?*

Es ist so, dass wir eine Anlage haben, welche seit drei Monaten geöffnet ist; sie ist ja nicht geschlossen jetzt, auch wenn sie nicht mehr ganz so offen ist, wie wir das gerne hätten. In diesen drei Monaten gab es natürlich gewisse Dinge, bei denen festgestellt wurde, dass sie nicht funktionieren, gewisse Mängel; es wird jetzt die Aufgabe sein, wie bei jedem Bauprojekt, eben genau diese Mängel und Dinge anzugehen, welche in diesem neuen Bau noch nicht optimal funktionieren. Das wird auch weiterhin die Aufgabe der Baudelegation sein. Wir haben beispielsweise Lärmemissionen, die von der Lüftung her stammen, welche auf dem Dach über dem Eingang ist. Das ist etwas, was wir jetzt angehen werden, und selbstverständlich eben auch diejenigen Dinge, die in den Medien präsentiert worden sind.

***Frage 2:** Wieso wurde die Problematik der Öffnungszeiten dem Einwohnerrat bewusst verschwiegen?*

***Frage 3:** Wurde die FGPK im Juni 2014 bewusst durch den Stadtrat getäuscht oder waren die Auskunftspersonen damals völlig ahnungslos?*

Diese Fragen können gemeinsam beantwortet werden: Es war natürlich nicht ein bewusstes Verschweigen oder ein bewusstes Täuschen, absolut nicht. Wie ich vorhin schon erwähnte, dies ist ein Projekt, welches sich über sieben Jahre hingezogen hat, wo es immer wieder verschiedene Entscheide gab, wo verschiedene Punkte im Mittelpunkt standen in diesen verschiedenen Phasen. Im Juni 2014 ist es nicht darum gegangen, ob jetzt dort nebst der bestehenden Bau- und Betriebsgenehmigung noch eine zusätzliche Änderung beantragt werden muss, sondern im Juni 2014 stand ganz klar im Vordergrund, wie man die Finanzierung dieses Mehrbedarfs von über drei Millionen, den man kurz zuvor festgestellt hat, sicherstellen kann.

***Frage 4:** In der Botschaft zur Urnenabstimmung vom 28. September 2014 wurde nicht über die Problematik der Einsparungen und der fehlerhaften Baugesuche informiert. Warum wurden diese wichtigen Informationen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern vorenthalten?*

Es ist wichtig, dass man sich bewusst ist, wie ein solches Bauprojekt innerhalb der Exekutive und auch mit der Verwaltung zusammen abläuft. Man bestimmt nach einer Volksabstimmung – welche eben schon früh stattgefunden hat im Jahr 2009 – eine Projektleitung, eine Baudelegation,



man erstellt ein Projekt-Handbuch und überträgt dann dieser Bau- und Projektdelegation entsprechend diesem Handbuch die Bearbeitung des Projektes. Genau dies wurde getan, bereits ab 2010 im Rahmen dieses KEBA-Projekts. Wenn irgend eine der Rahmenbedingungen dieses Projekthandbuches überschritten wird, wird das zuständige Mitglied des Stadtrates beigezogen. Dies ist z. B. geschehen, als es Einsprachen gab. Man hat dann Ende 2012 die Betriebs- und Baubewilligung erhalten, auch vom Kanton gestützt, und sich dann bewusst im Rahmen der Baudelegation im Februar 2013 entschieden, dass man nun nicht gleich wieder ein Nachfolgesuch einreicht, sondern jetzt die Vorbereitungen trifft für den Bau der KEBA. Im Jahr 2014 erfolgten Wechsel auf verschiedenen Ebenen (Projektleitung, Stadtrat). Für uns war das eine gesetzte Rahmenbedingung, man beantragt diese zusätzlich nötige Betriebszeit dann, wenn der Bau weiter fortgeschritten ist und man die Situationen konkreter kennt. Dies war damals eine Rahmenbedingung, und das Schwergewicht im 2014 war für uns ganz klar die Sicherstellung der Finanzierung dieses Baus. Im Herbst 2014 wurde der Zusatzkredit bewilligt. Wenn das nicht der Fall gewesen wäre, hätte es kein neues Gesuch gebraucht, dann hätte es keine Sanierung der KEBA gegeben. Das war ein wichtiger Zwischenentscheid. Und danach sagte man, gut, jetzt haben wir drei Jahre Zeit, um dies zu realisieren, und dann wollen wir spätestens in einem Jahr – Ende 2015 – die entsprechenden Baugesuche eingeben, um dann auf Ende 2017, wie es eigentlich geplant war, diesen Bau eröffnen zu können. Dies war die Situation, und entsprechend stand eben nicht im Vordergrund, irgend etwas zu verhindern oder irgend etwas nicht zu sagen, es war eine Rahmenbedingung, die sich aus dem Projekt heraus so ergab und die man entsprechend mitgenommen hat.

**Frage 5:** *War der Stadtrat als Gesamtbehörde stets über alle relevanten Ereignisse im Zusammenhang mit der KEBA informiert?*

**Frage 6:** *Was genau bedeutet die Aussage, dass der Stadtrat als Kollegialbehörde das fehlerhafte Baugesuch und die darauf folgenden Entscheide zu vertreten hat?*

Hier geht es eigentlich wie schon erwähnt darum, dass man ein Projekt-Handbuch absegnet, eben im Rahmen des Stadtrates, das ist genau die Grössenordnung und die Flughöhe, welche die Exekutive dann hat, und entsprechend diesem Projekt-Handbuch hat man sich auch verhalten.

**Frage 7:** *Gelten solche Grossprojekte innerhalb des Stadtrates letztlich nicht als Chefsache?*

Bei uns ist die Situation seit langem so, dass diese Projekte am Anfang dem entsprechenden Stadtrat zugewiesen werden. Es kommt dann zu weiteren Entscheiden im Stadtrat, wenn es Abweichungen gibt. Das war natürlich z. B. in der Situation der Fall, als die vier Millionen Mehrkosten entstanden aus Fussballfeldern und der entsprechenden KEBA-Sanierung, und das war beispielsweise auch im Jahr 2015 so, als die Eröffnung um ein Jahr vorgezogen wurde. Und das war genau die Phase, wo eben diese Schere zwischen der Zeitspanne zur Bereinigung dieser Einsprachen und der entsprechenden Eröffnung einfach enger wurde.

**Beat Krättli:** Wenn ein Zwanzig-Millionen-Projekt durch einen – und ich meine dies nicht despektierlich – Teilzeitstadtrat, also Milizfunktion, betreut wird, wofür braucht es dann eine Vollstelle als Stadtpräsident? Ich weiss, es ist ein wenig provokativ, aber ich verstehe es nicht. Wenn das nicht Chefsache ist – oder anders gefragt, ist das realistisch, dass man in diesem Milizamt solche Projekte mit diesem Pensum nahtlos begleiten und betreuen kann?





**Hanspeter Hilfiker, Stadtrat:** Man muss sich vielleicht auch vergegenwärtigen, was den zeitlichen Aufwand für diese Projekte und Bauorganisationen betrifft. Also die Projektleitung ist natürlich bei einer Person, welche das professionell begleitet, und die Baudelegation wird im Grossen und Ganzen einfach präsiert von einem Stadtrat. Sie trifft sich sechs Mal im Jahr, man trägt die Pendenzenliste regelmässig vor, diese Themen sind immer mit dabei und gehen auch nicht verloren. Es ist aber so, dass diese Projekte, es sind ja dann eben mehrere, im Rahmen dieser Projektdelegation bearbeitet werden. Die Projektleitung liegt jedoch eigentlich z. B. beim einem Stadtbauamt, oder in diesem Fall bei Walter Tschudin, welcher als externer Projektleiter das eben auch professionell mit betreut hat. Die Baudelegation besteht ja dann aus verschiedenen Personen, die eben auch eine Gesamtsicht auf das Projekt sicherstellen.



Traktandum 3  
GV 2014 - 2017/338

## 18. Anfrage Simon Burger (SVP): Petition Altersheime

---

Am 20. Februar 2017 reichte Einwohnerrat **Simon Burger** für die Fraktion SVP Aarau-Rohr eine Anfrage betreffend Petition Altersheime ein. Darin wird Bezug genommen auf einen Bericht der Aargauer Zeitung vom 3. Januar 2017, in welchem erwähnt wurde, dass die Angestellten der städtischen Altersheime von den Plänen der Verselbständigung stark verunsichert worden seien. So hätten rund ein Drittel der Angestellten eine Petition an den Stadtrat unterzeichnet und forderten die Aushandlung eines Gesamtarbeitsvertrages. Offenbar wurde die Petition von der Gewerkschaft VPOD Aarau und dem Personalverband der Stadt Aarau lanciert, nicht aber von den Angestellten selber. Angestellte selber berichten, sie seien unangenehm bedrängt worden.

### Beantwortung der Fragen

**Frage 1:** *Wurden die Mitarbeitenden der städtischen Altersheime vom Stadtrat über die Pläne zur Privatisierung informiert? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, wieso nicht?*

Ja, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden seit der Geschäftsrückweisung im Februar 2014 regelmässig im Rahmen der Personalinformationsabende durch die Ressortleiterin und den Leiter Alter über den Projektstand informiert. Am 17. Februar 2017 wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Botschaft an den Einwohnerrat zur Verselbständigung der Pflegeheime Golatti und Herosé und der Alterssiedlung Herosé schriftlich in Kenntnis gesetzt.

**Frage 2:** *Falls eine Information stattgefunden hat: Wie war die Resonanz? (Wie viele Personen haben an den Veranstaltungen teilgenommen? Wurden Fragen gestellt? etc.)*

Die Informationsveranstaltungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden jeweils im Frühling je an einem Abend im Golatti und Herosé statt. Im Herbst wird eine Informationsveranstaltung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam organisiert. In der Regel sind an diesen Anlässen ca. zweidrittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anwesend. Fragen wurden nur vereinzelt gestellt. So konnte z. B. die Frage nach der Anrechnung der Anzahl Dienstjahre bei einer Rechtsformänderung mit Ja beantwortet werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche nicht anwesend sein können, werden im Rahmen der internen Informationswege über das Geschehen auf dem Laufenden gehalten (Auflage der Infos im Stationszimmer). Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist mitgeteilt worden, dass sie sich bei Fragen an die Ressortinhaberin Soziales, Alter, Gesundheit oder an den Leiter Alter wenden können.

**Frage 3:** *Stimmt es, wie der VPOD sowie der Personalverband in ihrer Medienmitteilung schreiben, dass die Angestellten stark verunsichert sind und sich um ihren Arbeitsplatz fürchten? Falls ja, wie äussert sich dies und was unternimmt der Stadtrat dagegen? Falls nein, wie erklärt sich der Stadtrat die Medienmitteilung der Gewerkschaften?*



Nein, es ist keine generelle starke Verunsicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter feststellbar. Vereinzelt werden Fragen gestellt, die fortlaufend beantwortet werden. Im Golatti und Herosé wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angefragt, sich für eine Arbeitsgruppe zum Thema Personalreglement und Personalverordnung zu melden. Anfangs Februar 2017 fand eine Besprechung mit drei Mitarbeitenden, der Ressortleiterin, dem Leiter Alter und der Personalleiterin der Stadt Aarau statt. An dieser Sitzung wurde das weitere Vorgehen Richtung ‚Verselbständigung‘ vertieft vorgestellt. Insofern entsprechen die in der Medienmitteilung des VPOD geäusserten starken Verunsicherungen nicht der Situation in den Pflegeheimen. Hingegen ist bekannt, dass der VPOD einen Gesamtarbeitsvertrag erwirken möchte.

**Frage 4:** *Trifft die Befürchtung der Gewerkschaften zu, dass die Angestellten im Falle einer Privatisierung mit schlechteren Arbeitsbedingungen rechnen müssen?*

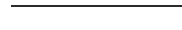
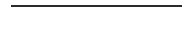
Nein. Mit der Ausarbeitung des Personalreglements, auf Basis des heutigen Personalreglements der Stadt Aarau und einer vom Einwohnerrat beschlossenen Besitzstandswahrung von drei Jahren, werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Falle einer Rechtsformänderung durchwegs von Verbesserungen profitieren, z. B. 10% Zeitzuschlag für Nachtarbeit, Anwendung des Mitwirkungsgesetzes. Im Weiteren gilt zu erwähnen, dass bereits heute enorm grosse Anstrengungen benötigt werden, um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anstellen zu können. Demzufolge wäre eine Verschlechterung der Anstellungsbedingungen im ausgesprochen arbeitnehmerbestimmten Arbeitsmarkt kontraproduktiv.

**Frage 5:** *Offenbar hat ein Teil der Belegschaft die direkt vor den Personaleingängen der Heime Golatti und Herosé von Gewerkschaft und Personalverband durchgeführten Unterschriftenaktion als unangenehm und störend empfunden. Wurde dieses Unbehagen von den Vorgesetzten und der Leitung Abteilung Alter wahrgenommen? Falls ja, wie reagierte man darauf? Haben sich die Mitarbeitende bei Vorgesetzten und/oder Leitung direkt beschwert? Falls ja, was wurde unternommen?*

Ein grosser Teil der Belegschaft hat die Unterschriftenaktion des VPOD und des Personalverbandes tatsächlich als störend empfunden. Die entsprechenden Rückmeldungen wurden vom Kader und dem Leiter Abteilung Alter entgegengenommen. Der Stadtrat wurde über diese Situation informiert und hat diese Aktion, mit Blick auf das Demokratieverständnis, als legitim betrachtet. Wie bereits bei Frage 3 ausgeführt, wurden anlässlich des Treffens anfangs Februar 2017 die Reaktionen nochmals aufgenommen und der politische Grundsatzentscheid im Bereich Personal vertieft dargelegt. Zudem wurde das Antwortschreiben an den VPOD den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Kenntnis gebracht.

**Frage 6:** *Zweidrittel der Angestellten haben die Petition nicht unterschrieben. Welche Schlüsse zieht der Stadtrat daraus?*

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schätzen die regelmässige und offene Information von Seiten Stadt Aarau. Das zukünftige Personalreglement wird auf Basis des heutigen städtischen Personalreglements erarbeitet werden, mit einer Besitzstandswahrung von drei Jahren. Ergänzt wer-



den die Anpassungen resp. Verbesserungen, welche die Rechtsformänderung verlangt. Es wird klar aufgezeigt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter solide und marktkonforme Anstellungsbedingungen haben werden. Der Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den Projektstand und die nächsten Schritte wird weiterhin grosse Beachtung geschenkt. Zudem wird mit der Rechtsformänderung das Mitwirkungsgesetz zum Tragen kommen.



#### Traktandum 4

### 19. Antrag zur Einsetzung einer "PUK KEBA"

---

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Die Fraktion der SVP stellt folgenden Antrag zur Einsetzung einer "PUK KEBA":

*Die SVP Aarau-Rohr beantragt dem Einwohnerrat, gestützt auf § 68 Absatz 2 der Gemeindeordnung sowie gestützt auf das Geschäftsreglement § 27 Absatz 3, die Einsetzung einer Kommission, um die offenen Fragen rund um die KEBA-Sanierung zu klären.*

Sie haben die Möglichkeit gehabt, sich zu beraten, und haben die Antworten auf die beiden Anfragen gehört. Es geht nun darum, ob der Antrag über die Einsetzung einer Kommission für die Fragen rund um die KEBA dringlich ist und der Traktandenliste heute zugefügt werden soll.

**Jolanda Urech, Stadtpräsidentin:** In Bezug auf die Dringlichkeit hat der Stadtrat eigentlich kein Problem, wenn der Einwohnerrat diesen Antrag als dringlich erklären will; in der Sache hat er dann natürlich eine Haltung, aber die wird man ja dann nachher diskutieren.

#### Abstimmung

Der Dringlichkeit wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen **zugestimmt**.

**Beat Krättli:** Ein Schrecken ohne Ende – so würden sich die jüngsten Enthüllungen rund um die KEBA-Sanierung bis jetzt am besten beschreiben lassen. Die Historie dieses traurigen Kapitels in der Aarauer Baugeschichte haben Sie unserem Antrag entnehmen können. Ich verzichte deshalb darauf, das nochmals zu wiederholen. Es handelt sich ohnehin nur um eine grobe Zusammenfassung von Fehlentscheiden und Unterlassungen, die während Jahren von einem Aktenberg auf den anderen geschoben worden sind. Der Unmut in der Öffentlichkeit ist spürbar. Hierbei gilt es zu unterscheiden zwischen verschiedenen Motiven und Kategorien von Menschen: Die Einen, nennen wir sie die „Winkelriede“, werfen sich für die Kinder und für die Sportvereine in die Bresche. Sie haben die einsprechenden Anwohner als vermeintliches Grundübel identifiziert. Die anderen wiederum, nennen wir sie die „Hellebardiers“, sehen den Stadtrat respektive die Stadträte und ihre Chefbeamten in der Verantwortung. Und zwar nicht nur jene, die jetzt im Rampenlicht stehen, sondern auch die ehemaligen. Und dann gibt es noch eine dritte Kategorie, die „Wolkenläufer“, welche überzeugt sind, dass sich das Problem von alleine löst, wenn man dann nur nicht darüber spricht und weiter fort im stillen Kämmerlein agiert. Wir sind darum der Meinung, dass es jetzt vor allem zwei Dinge braucht: Eine möglichst schnelle, tragfähige und nachhaltige Lösung mit den Anwohnern. Dies mit dem Ziel, die untragbare Situation für die Sportvereine, die jungen und älteren KEBA-Benutzer zu entschärfen und die verhärteten Fronten aufzubrechen. Das ist in der Tat momentan die vornehmste Aufgabe des Aarauer Stadtrates. Aber gerade wegen der massiven Vorwürfe und auch, um dem Vorwurf der Mausehelei entgegen zu treten, ist es genau so wichtig, für Transparenz zu sorgen. Wenn Fehler gemacht worden sind – und daran zweifelt heute wohl niemand mehr –, sollen die Verantwortlichen dazu stehen. Dabei geht es nicht um juristische



Formalitäten, sondern um die politische Verantwortung. Wenn Sie nicht sicher sind, ob eine KEBA-Kommission nach Gemeindegesetz, Gemeindeordnung oder was auch immer zulässig ist, so schicken Sie doch Nicola Müller und Simon Burger vor die Türe hinaus. Ich garantiere Ihnen, dass wir nach fünfzehn Minuten drei Rechtsmeinungen haben. Falls also weitere Ausführungen zu den rechtlichen Aspekten einer KEBA-Kommission erforderlich sind, überlasse ich das gern den juristischen Profis. Die Einsetzung einer PUK im herkömmlichen Sinne, mit weitgehenden juristischen Kompetenzen, war nie unsere Absicht. Es kann aber auch nicht die FGPK als Untersuchungsausschuss tätig sein, da diese ja selbst mutmasslich von den Auskunftspersonen getäuscht worden ist und darum auch dem Vorwurf ausgesetzt sein könnte, befangen zu sein. Aus diesem Grund sehen wir es als gerechtfertigt, eine Sonder-Kommission – oder wie auch immer Sie diese nennen wollen – einzusetzen mit dem Ziel, die Umstände aufzuarbeiten, welche zum aktuellen Desaster geführt haben. Die vorsichtig-ablehnende Haltung gewisser Fraktionen hängt ein wenig wie ein schwerer, bleierner Vorhang über diesem Rat. Die Verunsicherung ist allgegenwärtig und beinahe greifbar. Manch einer fragt sich: Kann ich wohl meinen Stadtrat, meine Stadträtin oder Kandidatin „am Schärme“ behalten. Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sind die falschen Beweggründe. Haben Sie heute den Mut, Hand zu bieten, Hand zu bieten zu einer lückenlosen Aufarbeitung der KEBA-Misere. Nach der Krise ist vor der Krise. Wenn Sie die Fehler der Vergangenheit ignorieren, können Sie beim nächsten Flop auch keine Lehren daraus ziehen. Sie bleiben sozusagen im Blindflug. Darum fordern wir Sie auf, gemeinsam für Transparenz zu sorgen. Alle Partei-Couleurs sollten darin vertreten sein. Sagen Sie deshalb Ja zu einer KEBA-Kommission. Sagen Sie Ja zu einer sauberen Kommunikations- und Fehlerkultur.

**Jolanda Urech, Stadtpräsidentin:** Ich nehme gerne Stellung zu diesem Antrag der SVP zur Einsetzung einer solchen Kommission. Im Grundsatz sind wir uns hier tatsächlich alle einig, dass die ganze KEBA-Geschichte eine unerfreuliche Geschichte ist. Wir sind uns auch darüber einig, dass wir sie aufarbeiten möchten. Das war für den Stadtrat eine Selbstverständlichkeit, deshalb hat er vor einer Woche auch sofort intern den Auftrag erteilt, dass man diese Fakten aufarbeitet und hinsieht, was hier in diesen vielen Jahren und diesen verschiedenen Abläufen ganz genau passiert ist. Er ist auch noch weitergegangen, das konnten Sie der Beantwortung der Anfrage der SP entnehmen; wenn dieser Sachverhalt dokumentiert ist, möchten wir das gerne extern von einer unabhängigen Person ansehen lassen. Diese unabhängige Person wird diese Untersuchung leiten und damit eben auch diese Rollen, die ganz viele, ganz verschiedene Beteiligte in diesem gesamten Prozess innehatten, genauer ansehen und in einem Bericht zusammenfassen, der, so hoffen wir zumindest, im zweiten Quartal dieses Jahres vorliegen wird. In diesem Bericht wird man sicher nachvollziehen können oder wird aufgezeigt werden, wo man anders hätte handeln können und warum man so und nicht anders gehandelt hat. Man wird sicher Lehren daraus ziehen können für die Zukunft, eben, die Fehlerkultur, welche Fehler sind geschehen und welche Lehren ziehen wir eigentlich daraus für das Arbeiten in den weiteren Projekten, mit welchen wir ja immer und ständig unterwegs sind. Also, es ist im Interesse des Stadtrates, dass das alles sauber und transparent aufgearbeitet wird, deshalb hat er wie beschrieben jetzt auch Aufträge erteilt. So weit sind wir uns alle einig. Der Stadtrat ist jetzt aber der Meinung, dass die FGPK die richtige Kommission wäre, welche da zum Zug kommt. Wir stellen uns vor, wenn dieser Bericht vorliegt, dass der Stadtrat ihn der FGPK zur Kenntnis bringt. Und welche Haltung oder Meinung dann die FGPK zu diesem Bericht hat, ob sie sagt, ad acta jetzt, es ist gut dargelegt, es ist klar, was passiert ist, es ist klar, welche Schlüsse man aus diesen Fehlern zieht usw., oder ob es in irgendeiner Form weiter geht, das wäre in dem Sinne ja jetzt eigentlich noch offen. Der Stadtrat meint, die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission ist ja die vom Einwohnerrat eingesetzte Kommission, welche nebst



der Finanzprüfung auch sonst Geschäfte für den Einwohnerrat prüft, dafür auch vom Rat gewählt ist und deshalb eigentlich auch das Vertrauen des Einwohnerrates hat. Hanspeter Hilfiker hat vorher klargemacht und nochmals dargelegt, dass hier von mutmasslichen Täuschungen überhaupt keine Rede sein kann. Wir sind der Meinung, die FGPK ist in der Lage, diesen Bericht dann auch zu würdigen. Es kommt dazu, dass, wenn man eine Kommission einsetzt, diese nicht mehr Befugnisse hätte als eine FGPK, das heisst also, die Kommission kann keine Untersuchungshandlung veranlassen; sie kann beraten und sich orientieren lassen, und aufgrund dieser Orientierung kann sie dann beraten, was dies jetzt für sie bedeutet, aber sie kann keine Untersuchungshandlung anstrengen. Wenn ich mir Antrag und Eventualantrag ansehe, steht beim einen Antrag, man solle eine Kommission einsetzen, um die offenen Fragen rund um die KEBA-Sanierung zu klären. Also, diese Kommission, die kann nicht klären, untersuchen, sondern diese Kommission hat, wie vorhin erwähnt, eine beratende Funktion, sie kann den vom Stadtrat in Auftrag gegebenen Expertenbericht entsprechend würdigen. Und dasselbe ist beim Eventualantrag, wo steht, man solle die FGPK mit der Klärung der offenen Fragen rund um die KEBA-Sanierung beauftragen. Auch hier, sie kann nicht selbst untersuchen. Fazit daraus ist, dass wir der Meinung sind, dass der Absicht hinter dem Ganzen, welche eigentlich in diesem Antrag zum Ausdruck kommt – dass man die Hintergründe aufarbeitet, dass man das genauer analysiert und nachher auch die entsprechenden Lehren daraus zieht –, mit diesem Vorgehen Rechnung getragen wird. Die FGPK hat bei Würdigung dieses Berichts die Möglichkeiten, zu sagen, das ist ausreichend, oder dass es weitere Massnahmen braucht, wenn das allenfalls ein Thema wäre. In dem Sinn beantragt Ihnen der Stadtrat, das von ihm gewählte Vorgehen zu unterstützen, und das würde in der Konsequenz heissen, dass man sowohl den Antrag als auch den Eventualantrag ablehnen müsste.

**Susanne Heuberger:** Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen. Der Stadtrat bzw. die Stadtpräsidentin haben ausgeführt, welche Lösung oder Aufarbeitungsvorschlag der Stadtrat vorsieht. Das ist sehr neu für uns, kam in der Antwort der SP -Anfrage auch kurz zur Sprache. Ich finde, es ist wichtig, dass wir diesen Vorschlag, den der Stadtrat da relativ neu auf dem Tisch hat, besprechen können und erst nachher in die Diskussion gehen. Ich möchte Sie bitten, diesen Ordnungsantrag um fünf Minuten Besprechungszeit zu unterstützen.

### **Abstimmung**

Der Ordnungsantrag auf fünf Minuten Pause wird mit 38 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen **gutgeheissen**.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Jetzt geht es um die Diskussion und ich darf das Wort an Daniel Siegenthaler geben.

**Daniel Siegenthaler, Präsident der FGPK:** Das Problem ist bekannt: Die Öffnungszeiten und die Betriebszeiten sind verwechselt worden. Wir haben eine Einschränkung des Betriebes, welche für gewisse Vereine unzumutbar ist und bis an die Existenz geht. Dieses Problem ist bekannt und wir von der SP-Fraktion sind vehement daran interessiert, dass dies lückenlos aufgearbeitet wird, und zwar sowohl im Ablauf wie auch in den Zuständigkeiten, also das heisst, in den Verantwortlichkeiten, von Anfang an, ab 2010 bis zum heutigen Zeitpunkt. Das ist unbestritten von unserer Seite her. Wir sind aber auch gegen beide Anträge. Und zwar aus folgenden zwei Gründen: Erstens, diese Kommission hat keine zusätzlichen Kompetenzen gegenüber der FGPK; man muss diese



Kommission einsetzen, nachher auch betreiben, wir haben zusätzliche Ressourcen, die wir einsetzen, das ist Zeit und Geld. Und deshalb ist es in dem Sinn nicht nötig, dass diese Kommission eingesetzt wird – sondern wir haben eine Kommission, die dafür zuständig ist. Und das Zweite ist eine Zeitfrage: Wenn wir bis im Mai die interne Aufarbeitung haben, dann haben wir relativ zeitnah das, was wir wollen, nämlich einmal eine interne Aufarbeitung, eine Darstellung dieser Elemente, wie gesagt, Zeitplan und Zuständigkeiten. Eine Kommission wird das nicht schneller erreichen. Aus diesen zwei Gründen sind wir gegen die beiden Anträge. Und jetzt möchte ich, auch in der Rolle als FGPK-Präsident, noch einen Punkt im Antrag ansprechen: Es wird davon gesprochen, dass der Anschein der Befangenheit der FGPK entstehen könnte. Das sehe ich nicht so, weil ja diese FGPK aus dem genannten Grund sicher nicht befangen ist gegenüber dem Stadtrat. Die FGPK wird ganz im Gegenteil unabhängig sein, gerade gegenüber dieser stadträtlichen Aufarbeitung. Da habe ich als FGPK-Präsident und auch in Kenntnis der Mitglieder der FGPK keine Bedenken, dass wir die genügende Unabhängigkeit erzielen.

**Martina Suter:** Die FDP begrüsst eine lückenlose Aufklärung der Geschehnisse rund um die KEBA hundertprozentig. Solche Fehler dürfen nie wieder vorkommen. Und um dies zu gewährleisten, müssen die Abläufe und die Zusammenarbeit vor allem auch bei gemeindeübergreifenden Projekten detailliert analysiert und optimiert werden. Hanspeter Hilfiker hat in den letzten Tagen immer wieder transparent informiert und sich äusserst stark engagiert, mit allen Beteiligten nach Lösungen zu suchen. Wie es im Moment scheint, hat er dies auch erfolgreich gemacht. Er hat es auch löblicherweise stets vermieden, sich mit Schuldzuweisungen an ehemalige Stadträte, ans Präsidium oder an Vertreter von Suhr aufzuhalten. Diese Klasse hätten wohl nicht alle gehabt. Uns erscheint es jetzt auch sinnvoll, die Lösungssuche in den Vordergrund zu rücken und gleichzeitig mit der Aufarbeitung zu beginnen. Wie wir gehört haben, fehlt einer „richtigen“ PUK die gesetzliche Grundlage. Im konkreten Fall KEBA hat der Stadtrat ja deshalb beschlossen, den Sachverhalt intern aufzuarbeiten und eine externe unabhängige Person zu beauftragen, das Ganze zu beurteilen und der FGPK vorzulegen. Dieses Vorgehen begrüssen wir. Erstens, weil sich das Projekt nicht nur in Aarau abspielt, es gibt vielfältige Bezüge zu Betreiber, anderen Gemeinden, Kanton usw. Wie soll eine einwohnerrätlige Kommission das untersuchen? Mit der externen Beurteilung wird aus unserer Sicht eine saubere Basis für Konsequenzen und für einen Abschluss gelegt und es verhindert zudem, dass gewisse Parteien oder Einwohnerräte die Situation für ihren Wahlkampf missbrauchen anstatt sachlich zu urteilen. Und drittens, weil eine Einwohnerratskommission, wie Daniel Siegenthaler vorher erwähnt hat, aus Ressourcengründen nie so schnell zu einem Ergebnis kommen würde. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag des Stadtrates, nebst der internen Aufarbeitung eine externe, unabhängige Person zu beauftragen, und lehnen die beiden Anträge der SVP einstimmig ab.

**Lukas Häusermann:** Die CVP-Fraktion ist zur Überzeugung gelangt, dass man wahrscheinlich mit dem Vorgehen der SVP die Ziele, die sie selber formuliert haben, nicht erreichen kann, entsprechend der fehlenden gesetzlichen Grundlage. Als Einwohnerrat muss man sich ein Stück weit fragen, ob man noch Vertrauen in den Stadtrat haben kann und die relevanten Informationen erhält oder nicht, auch im Hinblick auf weitere Grossprojekte, welche ja anstehen. Insofern, glauben wir, wäre es wirklich angebracht, dass der Einwohnerrat in dieses ganze Prozedere etwas mehr involviert ist und auch bei der Auftragserteilung, bei den Fragestellungen, mit involviert ist, sei es





durch die FGPK oder durch eine Begleitgruppe. Damit können wir eben auch Vertrauen haben, dass die richtigen Fragen gestellt werden, um nachher auch die richtigen Antworten zu erhalten, und nicht ein Gefälligkeitsgutachten erstellt wird für den Stadtrat. Also insofern wäre dies unser Anliegen, damit wir auch für die kommenden Projekten wieder Vertrauen in den Stadtrat haben können, dass diese Prozesse sauber ablaufen.

**Alexander Umbricht:** Eine unschöne Situation, ein Desaster – was auch immer. Und es gibt Leidtragende auf beiden Seiten. Mich regt es tatsächlich auch auf, dass dieses Problem der Öffnungszeiten beim ersten Kredit nicht erwähnt worden ist, ich glaube, das wäre eine wichtige Information gewesen. Aber sind wir ehrlich, ich glaube, hier drin hätte kein Mensch anders abgestimmt. Wir hätten vermutlich dem Stadtrat geglaubt, dass man dieses Problem in drei Jahren lösen kann – jetzt waren es halt zwei Jahre, man war zu schnell, was ausnahmsweise ein Problem ist. Ich hätte weiterhin dagegen gestimmt, andere hätten weiterhin dafür gestimmt, wir wären am gleichen Ort; es wäre medial nicht ganz so cool. Das sind doch ein wenig die Fakten. Trotzdem, ich finde, der Stadtrat hätte informieren müssen und ja, es braucht Aufklärung. Aber halten wir uns doch bitte an die gesetzlichen Vorgaben – es kann nicht sein, wenn es einem nicht passt, dass man gleich noch ein Gesetz ignoriert.

**Markus Hutmacher:** Nach Alexander Umbricht habe ich gerade ein wenig Mühe, unsere Position dann da voll zu vertreten, aber für uns ist eigentlich nicht das Thema im Vordergrund, dass Köpfe rollen oder so, wir möchten auch, dass vor allem eine Lösung gefunden wird. Wo wir einfach beim stadträtlichen Vorschlag wirklich Mühe haben, ist, dass wir das als FGPK nur zur Kenntnis nehmen können, das heisst, wir können eigentlich nicht Aufträge erteilen, etwas nochmals tiefer zu untersuchen oder aufzuklären oder gewisse Fragen separat nochmals zu beantworten. Sondern wir nehmen es zur Kenntnis oder wir nehmen es nicht nur Kenntnis, und der Stadtrat macht damit, was er will. Das ist unser grosses Dilemma, und wir haben uns jetzt entschieden. Für uns ist auch klar, eine separate Kommission ist einfach auch zu viel des Guten. Aber wir fänden es gut und verstehen es mehr als Anregung, dass man diese Ergebnisse dann wirklich breit diskutiert und die Kenntnisnahme nicht sehr zurückhaltend ausnützt, sondern dies als Möglichkeit versteht, damit man sich wirklich austauscht und wir auch als FGPK Zusatzfragen stellen können. Die ganze Geschichte soll erst dann beendet sein, wenn wir wirklich alle zufrieden sind, und nicht nur der Stadtrat. Und in diesem Sinn werden wir mit einem schlechten Gewissen dem zweiten Antrag für die FGPK zustimmen. Wir wissen, dass es rechtlich sehr schwierig ist, aber wir haben einfach das Gefühl, so einfach kann es nicht sein, dass wir nur zur Kenntnis nehmen und der Stadtrat nachher trotzdem daraus machen kann, was er will.

**Simon Burger:** Die SVP-Fraktion hält an ihrem Antrag fest. Wir erachten es als nicht opportun, dass der Stadtrat sein eigenes Fehlverhalten untersucht; da entsteht unweigerlich der Anschein, dass dies halt nicht objektiv gemacht wird. Wie vorhin auch richtig gesagt wurde, wenn der Stadtrat sein eigenes Verhalten untersucht, auch wenn er es extern in Auftrag gibt, ist er derjenige, welcher den Externen bezahlt, und er ist derjenige, welcher die Fragen stellt. Entsprechend kommen natürlich dann auch die Antworten. Das Gemeindegesetz sieht vor, dass die Gemeindeversammlung bzw. der Einwohnerrat das oberste Organ der Gemeinde ist; der Stadtrat steht der Verwaltung als Führungs- und Vollzugsorgan vor und unterliegt damit der Aufsicht durch den Einwohnerrat. Dementsprechend sind wir auch der Meinung, dass die Vorfälle, um welche es hier geht, diese gravierenden Vorfälle, eben durch den Einwohnerrat zu untersuchen sind und nicht



durch den Stadtrat selbst. Es ist gesagt worden, dass eine solche Untersuchungskommission oder auch eine FGPK nicht über entsprechende Kompetenzen verfüge. Da verweise ich auf § 28 des Geschäftsreglements, wo es heisst, die Kommissionen – also gemeint sind FGPK oder eben eingesetzte Kommissionen – sind berechtigt, vom Stadtrat Aufschlüsse einzuholen und eine Ergänzung der Akten zu verlangen. Also, diese Kommissionen können die entsprechenden Stadträte befragen, sie können Akten einholen und so den Sachverhalt klären. Ein externer Gutachter kann auch nicht mehr als hier vorgesehen ist. Es wurde dann auch noch gesagt, da sei die Bereitschaft nicht vorhanden oder man habe keine Leute. Ich bin überzeugt, alle hier drin wollen diesen Sachverhalt so schnell wie möglich geklärt haben. Da würden sich genügend Leute aus diesen Fraktionen finden, die einer entsprechenden Kommission angehören würden. Was den Zeitfaktor betrifft, so begrüssen wir es natürlich auch, wenn wir eine schnelle Aufklärung haben. Auf der anderen Seite ist Geschwindigkeit nicht das alleinige Kriterium, sondern entscheidend ist, dass es sauber untersucht worden ist. Wenn es dann ein wenig länger geht, ja nun, dann geht es halt ein wenig länger. Was zur FGPK noch gesagt wurde: Die FGPK sei nicht befangen – selbstverständlich bin ich auch der Meinung, jeder, der in der FGPK ist, hat die nötige Distanz und Objektivität. Aber, und das ist der Punkt, es entsteht automatisch der Anschein einer Befangenheit, weil eben auch die FGPK in diesem Ganzen mutmasslich getäuscht worden ist. Und ein Anschein von Befangenheit genügt halt schon, um eine entsprechende Untersuchung zu entwerten oder zumindest einen faden Beigeschmack zurückzulassen. Es ist vorher bezüglich FGPK auch gesagt worden, es bestehe keine gesetzliche Grundlage. Ich glaube, da ist man sich mittlerweile einig, dass diese sehr wohl gegeben ist, ich verweise da auf das Geschäftsreglement, § 27 und 28.

**Ulrich Fischer:** Es sind eigentlich alle Argumente schon vorgebracht worden. Ich möchte eine Nebenbemerkung machen: Ich fand, es gab eine unglaubliche mediale Präsenz des Themas – und dann müssen wir sagen, das ist ja gut so, wenn es keine ernsteren Themen gibt, die uns beschäftigen, als jetzt die KEBA mit täglichen Berichten. Und das Zweite wäre, ich möchte eigentlich nicht den Sonderermittler Simon Burger in dieser Kommission und denke auch, das Vorgehen, das von links und rechts vorgeschlagen worden ist, das schliesst sich ja nicht aus. Ich glaube, dass die Untersuchung vom Stadtrat ja relativ schnell vorgelegt wird, und dann ist es wieder an ihm, zu entscheiden, ist das ausreichend oder nicht, und dann kann es erneute Anträge und Abstimmungen geben. Für mich muss ich sagen, ich bin da unbefangen, was das angeht, weil die ganze Thematik der FGPK ja auch gar nicht vorgelegt worden ist. Also, ich weiss nicht, ob man da von Täuschung sprechen kann. Ich werde das ernst nehmen, in der FGPK diesen Untersuchungsbericht dann auch zu werten.

**Jolanda Urech, Stadtpräsidentin:** Vielen Dank für die engagierten Voten. Ich möchte gerne zu zwei, drei Punkten nochmals kurz Stellung beziehen. Das Eine ist tatsächlich, was Martina Suter auch erwähnte, es ist ein gemeindeübergreifendes Projekt, wo ganz viele beteiligt sind. Selbstverständlich interessiert uns primär unser eigenes Wirken und Verhalten respektive Fehlverhalten, aber es bestehen da natürlich sehr viele Abhängigkeiten von ganz vielen Beteiligten. Und das ist dann doch ein rechter Kreis, den wir in dieser Thematik berücksichtigen möchten, wenn es darum geht, hinzusehen. Und deshalb sind wir der Meinung, dass das vom Stadtrat vorgeschlagene Vorgehen geeigneter ist: Wir arbeiten intern die Grundlagen auf, aber selbstverständlich ist nachher ganz wichtig, dass ein Externer das anstelle einer Kommission würdigt und uns aufzeigt, wie dieser Prozess gelaufen ist und welche Schlüsse sich ziehen lassen. Es kam die Anregung von Fragestellungen, die man mitgeben möchte, wenn ich das richtig verstanden habe. Markus Hutmacher fand, man könne nichts machen, ausser diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. Einerseits, glaube



ich, wäre der Stadtrat offen, wenn Fragen von der FGPK kämen, die man uns gerne mitgeben möchte. Einige haben wir auch von diesem Antrag. Selbstverständlich verbinden wir natürlich mit dieser Aufarbeitung, Lukas Häusermann hat es gesagt, dass man Vertrauen schaffen kann. Es geht uns nicht darum, einfach ein Gefälligkeitsgutachten zu machen und danach möglichst schnell wieder zur Tagesordnung überzugehen. Wir möchten zur Tagesordnung übergehen, aber nachdem man die richtigen Schlüsse daraus ziehen und auch das Vertrauen beim Einwohnerrat wieder herstellen konnte. Das ist uns also sehr wichtig. Dann hätte ich gerne noch zwei, drei Worte zu Simon Burger gesagt, welcher ja findet, wir würden unser eigenes Fehlverhalten untersuchen: Nein, wir lassen es eben extern prüfen und ansehen, das ist uns sehr wichtig. Und wir sind der Meinung, dass das möglich sein sollte, selbst wenn die Stadt so jemanden bezahlt, dass diese Person objektiv einen solchen Sachverhalt analysieren und Empfehlungen abgeben kann. Dann bin ich natürlich mit ihm schon einverstanden, dass der Einwohnerrat das oberste Organ ist, das ist richtig. Aber das allein ermächtigt ihn eben nicht, Untersuchungen veranlassen oder einleiten zu können, sondern er hat verschiedene Kompetenzen, gerade auch via FGPK, welche ja die Geschäfte, die Finanzen, den Jahresbericht und das Budget prüft. Und dann ist natürlich ein weiteres Mittel, welches der Einwohnerrat hat, dass er die parlamentarischen Instrumente wie Anfrage, Motion, Postulat nutzt, die ihm ja die Möglichkeit geben, kontrollierend oder nachfragend einzuwirken, wenn er das als angemessen erachtet. Dann hat Simon Burger gesagt, dass man jederzeit Akten verlangen könne; das steht tatsächlich im § 36 des Reglements. Aber das sind einfach nicht vertrauliche Akten, die sich immer auf ein Geschäft beziehen, welches zur Behandlung kommen wird. Und das ist in diesem Fall, da sind wir uns, glaube ich, einig, kein Geschäft im herkömmlichen Sinn, welches da einfach behandelt würde. Und zu § 27 und 28 mit den Kommissionen, da hat Simon Burger natürlich richtig gesagt, der Einwohnerrat kann tatsächlich Kommissionen einsetzen, aber eben, wie ich zu Beginn sagte, einfach beratende Kommissionen. Das ist sicher richtig, aber bei all diesen Kommissionen ist es so, dass diese nicht untersuchen können. Also, in dem Sinne würde es den Stadtrat sehr freuen, wenn Sie sein Vorgehen unterstützen könnten. Wir möchten mit diesem Vorgehen Vertrauen schaffen, wir möchten über die Stadtgrenzen und vor allem auch übers Rathaus hinaussehen, und dabei brauchen wir Ihre Unterstützung und wir möchten Sie bitten, die beiden Anträge abzulehnen.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Somit kommen wir zur

#### **Abstimmung über den ersten Antrag der SVP:**

*Die SVP Aarau-Rohr beantragt dem Einwohnerrat, gestützt auf § 68 Absatz 2 der Gemeindeordnung sowie gestützt auf das Geschäftsreglement § 27 Absatz 3, die Einsetzung einer Kommission, um die offenen Fragen rund um die KEBA-Sanierung zu klären.*

Der Antrag wird mit 37 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

#### **Abstimmung über den Eventualantrag der SVP:**

*Die SVP Fraktion beantragt dem Einwohnerrat, die FGPK mit der Klärung der offenen Fragen rund um die KEBA-Sanierung zu beauftragen.*

Der Antrag wird mit 32 Nein-Stimmen gegen 15 Ja-Stimmen **abgelehnt**.



Traktandum 5  
GV 2014 - 2017 / 317

## 20. Sanierung der stillgelegten Schiessanlagen Schachen

---

Mit Botschaft vom 12. Dezember 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden

**Antrag:** *Der Einwohnerrat möge für die Sanierung und Rekultivierung der Kugelfänge der drei stillgelegten Schiessanlagen im Schachen einen Verpflichtungskredit von 2.1 Mio. Franken bewilligen.*

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 14. Februar 2017 beraten. Sie stimmt ihm zu und hat beschlossen, nicht zu referieren. Somit ist die Diskussion zu diesem Geschäft eröffnet. Da es keine Wortmeldungen gibt, kommen wir zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat bewilligt für die Sanierung und Rekultivierung der Kugelfänge der drei stillgelegten Schiessanlagen im Schachen einen Verpflichtungskredit von 2.1 Mio. Franken.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 6  
GV 2014 - 2017 / 319

## 21. Umsetzung der städtischen Energie- und Klimaziele

---

Mit Botschaft vom 12. Dezember 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft die folgenden

- Anträge:**
1. *Der Einwohnerrat möge den Verpflichtungskredit von 600'000 Franken inkl. 8 % MwSt. für die Umsetzung der Massnahmen zur städtischen Energie- und Klimapolitik bewilligen.*
  2. *Der Einwohnerrat möge die Motion von Gabriela Suter betreffend Investitionskredit für ein Vierjahresprogramm zum Erwerb des Goldlabels Energiestadt «European Energy Award®Gold» abschreiben.*

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 14. Februar 2017 besprochen und der Kommissionsprecher ist Daniel Siegenthaler.

**Daniel Siegenthaler, Präsident der FGPK:** Für dieses Geschäft sind uns als Auskunftspersonen Werner Schib und Kurt Schneider, Leiter Stadtentwicklung, zur Verfügung gestanden. Einleitend haben die Auskunftspersonen erläutert, dass die Bemühungen der IBAarau AG in Bezug auf die Umsetzung der städtischen Energie- und Klimaziele auch einberechnet werden müssten in die Frage der Erreichung dieser Ziele. Die IBAarau hat 60 Mio. Franken in das Wärme- und Kältenetz investiert in den letzten Jahren und diese Bemühungen müssten auch berücksichtigt werden. Bei der Beratung der Botschaft wurden von der Kommission verschiedene Punkte angesprochen: Zum Stand bezüglich der Zwischenziele bis 2020 kann im Moment nichts gesagt werden. Es gibt im Moment keine systematischen Erhebungen dazu. Es ist vorgesehen, dafür ein Controlling aufzuziehen, und das ist Gegenstand der vorliegenden Botschaft. Bezüglich der Anschlusspflicht an das Fernwärmenetz ist in der neuen Bau- und Nutzungsordnung eine entsprechende Bestimmung enthalten. Bezüglich Biogas hat die IBAarau AG in verschiedene Anlagen investiert und speist das Gas aus diesen Anlagen in das Netz ein. Ein Teil der Kommission vermisst Vorgaben im Bereich Mobilität. Die Auskunftspersonen haben auch in diesem Punkt auf die laufende Revision der BNO verwiesen. Dort ist beispielsweise eine Reduktion der Anzahl Parkplätze bei Neubauten vorgesehen. Es sei aber insbesondere bei der privaten Mobilität nicht einfach, lokale Regelungen zu schaffen, weil auch die Gefahr von Ausweichverhalten bestehe. Bezüglich der Zulässigkeit der Netznutzungsabgabe wollte die Kommission wissen, wie sicher diese Aussage ist, insbesondere, weil der Kanton in einer Kurzbeurteilung zu einem anderen Schluss gekommen ist. Zudem wollte die Kommission wissen, ob man sich auch mit Finanzierungen aus verschiedenen Quellen auseinandergesetzt hat. Die Auskunftspersonen verwiesen auf das Gutachten, welches festhält, dass eine Netznutzungsabgabe eine Steuer darstellt, was nicht zulässig ist. Die Kurzbeurteilung des Kantons sei vor diesem ausführlichen Gutachten verfasst worden. Die Finanzierung über die allgemeinen Steuermittel sei die einzige wirklich sichere und rasch umsetzbare Möglichkeit. Aufgrund dieses Gutachtens hat man darauf verzichtet, andere Formen der Finanzierung zu prüfen. Es



sei dem Stadtrat auch ein Anliegen, dass man rasch starten und Ergebnisse vorweisen könne. Im Zusammenhang mit der Motion von Gabriela Suter wollte die Kommission wissen, ob die notwendige Punktzahl von 75 % für das Gold-Label erreicht werden kann. Die Auskunftspersonen gehen davon aus, dass dies möglich ist. Im Jahr 2017 erfolgt eine Re-Zertifizierung und der Schlussbericht sollte im Herbst vorliegen. In der Diskussion sind verschiedene Stellungnahmen geäußert worden. Eine ist, ein erstes Zwischenziel sollte im Jahr 2020 erreicht werden. Es stellt sich die Frage, weshalb die Mittel nicht einfach nur bis zu diesem Zeitpunkt beantragt worden sind. Eine andere Äusserung: Im Aktionsplan waren noch Mittel von 3 Mio. Franken vorgesehen. Es wird bezweifelt, ob die Ziele mit dem vorliegenden Antrag erreicht werden können. Eine dritte, es sind viele verschiedene Vorarbeiten gemacht worden; bei der Umsetzung ist man sehr zurückhaltend, das ist enttäuschend. Der Vorschlag sei unter Berücksichtigung der Zielkonflikte in der Gemeindeordnung – Finanzen einerseits, Klimaziele andererseits – plausibel, wurde gesagt, und unter den gegebenen Umständen sei der Vorschlag sinnvoll, weil auch die Zeit dränge. Die Kommission hat folgende Beschlüsse gefasst: Zum ersten Antrag hat die Kommission die Empfehlung abgegeben, dass der Antrag angenommen werden soll (mit sechs zu vier Stimmen). Und zum zweiten Antrag, zur Abschreibung der Motion, empfiehlt die Kommission die Ablehnung der Abschreibung (mit vier zu sechs Stimmen).

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Es liegt ein **Änderungsantrag** von verschiedenen Parteien vor, Pro Aarau, EVP, Grünliberale, Grüne und SP:

*Der Einwohnerrat möge den Verpflichtungskredit von 2'130'000 Franken inkl. 8 % MwSt. für die Umsetzung der Massnahmen zur städtischen Energie- und Klimapolitik für die Jahre 2017 bis 2022 bewilligen.*

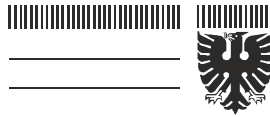
**Alexander Umbricht:** ... (Pause, um Sprachlosigkeit zu zitieren). Sorry, es ist schwierig, Sprachlosigkeit effektiv zu zitieren. Werte Anwesende, Sprachlosigkeit ist unüberhörbar leise. Und so war es auch sehr leise, als ich die Vorlage gelesen habe. Der einzige Gedanke, zudem ich fähig war, kürzt sich mit den Buchstaben WTF ab. Nach der ersten – negativen – Überraschung habe ich meine Gedanken ordnen können und, zu Ihrem Leidwesen, auch aufs Papier gebracht. Somit möchte ich zuerst rekapitulieren, weshalb wir diese Debatte führen: Am 21. Oktober 2010 hat der Verein Energiestadt Aarau konkret – kurz ESAK – die Initiative mit gleichem Namen eingereicht. Nach einigem Hin und Her hat der Stadtrat einen Gegenvorschlag zur Initiative vorgelegt. Im März 2012 haben die Aarauerninnen und Aarauern abgestimmt und – wenn ich die AZ zitieren darf – den Gegenvorschlag deutlich angenommen. Praktisch auf den Tag genau ein halbes Jahrzehnt später beraten wir hier über die Umsetzung dieses Volksentscheides. Schon noch wahnsinnig, wie schnell die Zeit vergeht, oder? Aber auch wahnsinnig, wie wenig seither die Stadt gemacht hat. Die Stadt hat 2013 eine Beratungsfirma engagiert, ein 2000-Watt-Konzept zu erstellen. Darauf aufbauend hat die Stadt ein weiteres Konzept ausgearbeitet, durch eine Vernehmlassung geschickt und nochmals angepasst. Resultat: Der Aktionsplan 2016 bis 2022 mit geschätzten jährlichen Kosten von rund 400'000 Franken. Vor ziemlich genau zwei Jahren hat der Stadtrat das Konzept im Wissen um die entsprechenden Kosten gutgeheissen. Und seither? Aus Spargründen hat der Stadtrat den jährlichen Betrag auf – wie er schreibt – 100'000 Franken gekürzt. Gleichzeitig kann oder will er nicht aufzeigen, wie mit diesem Betrag die vorgegebenen Ziele erreicht werden sollen. Ich finde es – nett ausgedrückt – mutig, Stabilo und einen Artikel in der Gemeindeordnung auf die gleiche Stufe zu setzen, und kreativ, wie der Stadtrat auf 100'000 Franken kommt. Im Kleingedruckten kann man nämlich lesen, dass die Hälfte dieses Betrages sowieso schon budge-



tiert ist. Ich habe aber vollstes Verständnis, dass die Vorlage von 100'000 Franken redet. Eine separate Vorlage für 50'000 Franken über sieben Jahre hätte ja schon beinahe etwas Lächerliches. Zusammengefasst: Fünf Jahre nach dem Volksentscheid und eine Vernehmlassung später haben wir zweieinhalb Konzepte und einen praktisch nicht existenten Budgetantrag. Zum Vergleich: In der Zwischenzeit hat die IBA rund 60 Mio. Franken ausgegeben, gefühlt jede Strasse in Aarau mindestens zweimal aufgedeckt und mit ihren modernen Fernwärmenetzen zum Klimaschutz schon viel beigetragen – und nebenbei ein langfristiges Geschäftsfeld aufgebaut. Was müsste die Stadt aber machen? Schauen wir doch einfach, was in der Gemeindeordnung steht. Vereinfacht sind das nämlich folgende vier Punkte:

1. Die Stadt sorgt für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen. – Tönt schön, tut nicht weh, easy.
2. Die Stadt setzt sich für die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energiequellen und für die Reduktion vom Treibhausgasausstoss ein. – Das wäre nach meinem Verständnis der klar formulierte Auftrag für ein Förderprogramm oder ähnliches.
3. Der Stadtrat strebt konkrete Reduktionsziele an. Beispielsweise soll der Treibhausgasausstoss pro Person in einem ersten Schritt von 2010 bis 2020 um einen Viertel gesenkt werden. – Laut FGPK-Protokoll hat der Stadtrat keine Ahnung, wo wir uns auf diesem Pfad befinden. Bedenklich.
4. Ab spätestens 2035 soll die IBA keine Atomenergie mehr beziehen und verkaufen. – Dazu schreibt der Stadtrat bis jetzt meines Wissens nichts. Aber ehrlicherweise, das hat auch noch Zeit.

Meines Erachtens zeigt die Vorlage, dass der Stadtrat seinen eigenen Gegenvorschlag nicht ernst nimmt, die Umsetzung verzögert und nicht bereit ist, die notwendigen Mittel einzusetzen. Das ist schlicht dreist. Es ist klar, wie so oft, am Schluss geht es um das Geld. Zwei Gedanken möchte ich dazu mitgeben. Erster Gedanke: Am Tag, als die ESAK-Initiative eingereicht wurde, verfügte die IBA über Alpiq-Aktien im Wert von rund 207 Mio. Franken. Die Initiative hat den Verkauf dieser Aktien gefordert, der Gegenvorschlag nicht. Was denken Sie, welchen Wert hatten die Aktien am Ende des letzten Jahres noch? 60 %? 40 %? Beides falsch: noch rund 22 %. Buchverlust rund 161 Millionen Franken. Wenn ich es richtig verstanden habe, müsste die IBA bei einem Verkauf der Aktien knapp die Hälfte des Buchgewinns der Stadt überweisen. Mit den Einnahmen eines damaligen Verkaufs könnte der Aktionsplan, den der Stadtrat ursprünglich vorgeschlagen hat, für deutlich mehr als zweihundert Jahre finanziert werden. Zweiter Gedanke: Finden wir es gut, dass 400'000 Franken jetzt aus der laufenden Rechnung zu bezahlen sind? Natürlich nicht; eine Lenkungsabgabe beispielsweise wäre uns viel lieber. Gerade letzte Woche hat die ETH eine Studie publiziert, die zeigt, dass Lenkungsabgaben für wenig Geld sehr viel Nutzen bringen. Anscheinend ist das in Aarau aber nicht möglich. Lenkungsabgaben und andere Ideen, wie man zu den 400'000 Franken käme, seien nicht gesetzeskonform. Ich bin nicht Jurist, ich kann das nicht beurteilen. Bei allen Widersprüchen zwischen Vorlage, FGPK-Protokoll und anderen Publikationen der Stadt zum Thema, wie z. B. der Homepage, habe ich aber begründete Zweifel an diesen präsentierten Fakten. Gute Ideen für eine langfristige andere Finanzierung könnten auch aus einer Energie- und Klimakommission kommen. Eine Kommission, die aus meiner Sicht dringendst notwendig wäre, allenfalls auch kombiniert mit dem Verkehr. Trotz allem gibt es zwei Sachen, die mich positiv stimmen. Erstens macht die IBA vorwärts und gibt bei den Fernwärmenetzen so richtig – Biogas. Machen wir uns dabei aber nichts vor, das macht die IBA nicht nur aus Nächstenliebe und Sorge zur Umwelt, sondern auch aus geschäftlichen Interesse, was völlig legitim ist und in unse-



rem Interesse. Und zweitens stimmt mich positiv, dass die SVP heute Abend ja sicherlich Ja stimmen wird, da ihr der Volkswille bekanntlich heilig ist. Ich erinnere da an eine Schilderaktion im Nationalrat. Eigentlich ist es ganz einfach. Der Auftrag an die Stadt ist klipp und klar, die Massnahmen bis 2022 sind klipp und klar und das notwendige Budget ist klipp und klar. Somit ist auch klar, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, was wir zu tun haben: den Volksauftrag ernst zu nehmen und den vollen Kredit zur Umsetzung des Massnahmenplanes zu bewilligen.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Die Diskussion zu diesem Geschäft ist jetzt eröffnet.

**Silvano Ammann:** Die FDP-Fraktion steht hinter dem Antrag des Stadtrates und dem Verpflichtungskredit von 600'000 Franken, denn auch die FDP setzt sich für eine nachhaltige Energiepolitik ein. Mit dem Antrag des Stadtrates wird dem Ja zum Gegenvorschlag der ESAK-Initiative von 2012 Rechnung getragen. Wir sind auf einem guten Weg, viele Massnahmen sind bereits umgesetzt worden. Der Stromverbrauch von städtischen Gebäuden und für die öffentliche Beleuchtung wird ausschliesslich aus erneuerbarem Strom der IBA-Kraftwerke gedeckt. Die Fernwärme- und Fernkältenetze in Aarau wurden zügig ausgebaut. Und übrigens, auch die IBAarau ist zum grössten Teil in Stadtbesitz. Nach der Inbetriebnahme des Wärmeverbunds Kasino Ende 2014 konnte Ende 2015 auch der Wärmeverbund Torfeld in Betrieb genommen werden. Zur Attraktivitätssteigerung von ökologischen Stromprodukten wurden erhebliche Preisreduktionen gemacht, um die erneuerbaren Energien einer breiteren Kundschaft schmackhaft zu machen. Den Kredit auf 2.1 Mio. Franken zu erhöhen, wie es von der linken Seite gefordert wird, erachten wir aufgrund der finanziellen Lage der Stadt als äusserst fragwürdig. Die SP zum Beispiel stand hinter dem Budget 2017 mit einem Steuerfuss von 97 %, aber wie soll das funktionieren, wenn man immer neue Kontroll-Stellen schaffen will und an jedes Projekt noch mehr Geld geklebt wird? Aber lassen wir das Finanzielle einmal ausser Acht und widmen uns den Massnahmen, welche in diesem Bericht an den Einwohnerrat vorgeschlagen werden. Was uns aufgefallen ist: Viele Massnahmen werden bereits durch Private durchgeführt, welche sich widerspiegeln in diesen Massnahmen des Aktionsplans 2016 bis 2022. So entdeckt man z. B. auf der Webseite des Kantons unter dem Stichwort „energieberatungAARGAU“ etliche Dienstleistungen wie z. B. Grobberatung, Planungsberatung, Betriebsoptimierung, Gebäudeanalysen in den Bereichen Gebäudehüllen, Haustechnik, Einsatz von erneuerbaren Energien, mögliche Heizsysteme und vielem, vielem mehr. Auch die IBAarau bietet bereits eine Vielzahl von Beratungsdienstleistungen an, unter anderem bieten sie ihren Kunden kostenlose Erstberatungen vor Ort, um Energiepotenziale aufzuzeigen. Oder sie beraten produktneutral und unterstützen beim Entscheid für passende Heizsysteme. Sie sehen also, bei den Beratungsdienstleistungen gibt es bereits eine Vielzahl von Möglichkeiten. Kritisch beäugen wir in diesem Bericht ausserdem die Informations- und Kommunikationskampagnen. Im Volksmund sagt man, „tue Gutes und sprich darüber“ und nicht nur „sprich darüber“. Wir stehen für Effizienz. Was die FDP will, ist bestehendes Potenzial zu nutzen, und das gibt es vor allem beim bestehenden Gebäudepark. Vereinfachte Verfahren zum Um- und Neubau von Gebäuden kosten wenig und helfen viel. Auch setzen wir uns dafür ein, dass der Kanton und der Bund steuerliche Anreize schaffen. Zum Schluss möchte ich gerne noch einige Worte verlieren über die Motion zum Erwerb des EEA Gold-Labels. Aus unserer Sicht sollte die Motion abgeschrieben werden. Es kann nicht das Ziel sein, teure, private Labels zu sammeln, um einen weiteren Sticker im Album zu erhalten. Viel mehr möchten wir mit den vorhandenen Ressourcen zielgerichtete Massnahmen umsetzen und das Geld vor allem dort einsetzen, wo es wirklich etwas bringt.





**Jürg Schmid:** An unserer geschlossen ablehnenden Haltung gegenüber dem Ansinnen der ESAK-Initiative wie auch dem stadträtlichen Gegenvorschlag mit einer zeitlich um bis zu hundert Jahren verzögerten Zielerreichung hat sich grundsätzlich nichts geändert. Selbstverständlich, und das hat Alexander ja richtig bemerkt, gilt es allerdings den Volksentscheid zu akzeptieren und jetzt in der heutigen Situation mit den gegebenen Rahmenbedingungen das Beste daraus zu machen. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag ist dies dem Stadtrat nach unserer Auffassung geglückt. Neben Massnahmen zur Umsetzung der formulierten 2000-Watt und 1-Tonne-CO<sub>2</sub>-Gesellschaft ist die Stadt nämlich auch und insbesondere gezwungen, die Finanzen im Lot zu halten und ein ausgeglichenes Resultat zu erzielen. Wer jetzt glaubt, diese 600'000 Franken seien die gesamthafte Ausgaben der Stadt für die nächsten sechs Jahre im Zusammenhang mit der Erreichung der formulierten Energieverbrauchsziele, der irrt gewaltig. Mehrere Massnahmen sind bereits beschlossen und auch umgesetzt worden. Beispielsweise baut die Stadt bereits seit Jahren für gut 10 bis 20 % teurer zwecks Erfüllung der Anforderungen zur Erreichung des Minergie Eco Standards. Zu welcher absurden Situation das führen kann, zeigt die nächste Vorlage, die wir jetzt dann noch behandeln, wo auf ein neu zu erstellendes Gebäude eine nicht wirtschaftliche Solaranlage montiert werden muss, damit die Minergie Eco Zertifizierung überhaupt möglich ist. Erwähnt wurde auch schon, dass beim Strom für die öffentlichen Anlagen die Stadt ebenfalls einen Zuschlag entrichtet, um sicherzustellen, dass dieser aus nachhaltiger Produktion stammt. Dass der Stadtrat jetzt davon absieht, auch noch Gelder für weitere Massnahmen, beispielsweise gezielte Subventionen von Investitionen im energetischen Bereich, zu sprechen, ist vollkommen richtig. Dafür gibt es ja bereits andere Anbieter. Und mit Verlaub, die Beurteilung der Wirksamkeit einzelner energetischer Massnahmen gehört ja auch nicht in die Kernkompetenzen einer Stadt. Entsprechend erachten wir die Gefahr, dass Subventionen für falsche oder unwirksame Massnahmen gesprochen würden, als sehr hoch. Die IBA wurde auch schon erwähnt – in einer Gesamtbetrachtung der energetischen Massnahmen der Stadt müssen die Massnahmen, welche die IBA ergriffen hat, selbstverständlich auch einbezogen werden. Sie gehört ja zu gut 95 % der Stadt. Die IBA bietet eben Unterstützungsbeiträge für Massnahmen, beispielsweise bei der Installation von alternativen Energieerzeugern oder auch Förderbeiträge für Stromsparmassnahmen. Sie hat bereits rund 60 Mio. Franken in die Errichtung nachhaltiger, energieeffizienter Fernwärme-/kältenetze investiert. Weitere Investitionen in diesem Bereich sind auch geplant. Gegenüber dem Energieverbrauch der Stadt im Jahr 2010 müssten damit eigentlich bereits erhebliche Reduktionen erzielt worden sein. Unser Fazit: Bei klimapolitischen Zielen wird praktisch ausschliesslich mit Hochrechnungen, Durchschnittswerten, aber auch vielen Unbekannten operiert. Das sind denkbar ungeeignete Ausgangswerte, um auf Ebene einer Kleinstadt klare Grundlagen wie auch Methoden zur Ermittlung einer Zielerreichung verlässlich zu bestimmen. Ausserdem sind die Einflussmöglichkeiten im städtischen Mikrokosmos auf das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher sehr limitiert. Entsprechend erachten wir die Stossrichtung des Stadtrates mit dem vorliegenden Vorschlag aus einer Mitteleinsatz-gegen-Nutzen-Überlegung richtig. Er zeigt damit auch, dass er den Volksentscheid vom März 2012 ernst nimmt. Die separate Subventionierung und ein stadteigenes Förderprogramm sind unseres Erachtens nicht finanzierbar. Und eben, wie gesagt, die Stadt soll sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Wir werden beide Anträge des Stadtrates einstimmig unterstützen. Den Antrag der linken Parlamentsseite, diesen Kredit massiv zu erhöhen, lehnen wir ab.

**Lukas Häusermann:** In der Tat, der stadträtliche Antrag scheint auf den ersten Blick dürftig und viel zu spät. Da erstaunt der Antrag um die Erhöhung des Verpflichtungskredits um mehr als das Dreifache eigentlich nicht. Sogar der Stadtrat selbst, das hat ja Alexander Umbricht bereits gesagt, hat den Aktionsplan gutgeheissen, was ja eigentlich impliziert, dass er damals auch mit den



Kosten einverstanden war. Oder nicht? Nun, die Antragsteller blenden aus, dass in den letzten fünf Jahren auf nationaler Ebene mit der Energiestrategie 2050, auf kantonaler Ebene mit Vorschriften zur Gebäudeenergie, auf lokaler Ebene, wir haben es gehört, mit dem Engagement der IBAarau, einiges gelaufen ist. Vor diesem Hintergrund ist aus unserer Sicht das Vorgehen des Stadtrates massvoll und sorgfältig. Wir müssen gerade auf lokaler Ebene eben auch akzeptieren – und das mag die Leute um den Verein ESAK ein wenig wurmen –, dass im Vergleich zu den nationalen und kantonalen Programmen die städtischen Möglichkeiten eben klein sind. Insofern ist die vorherig aufgeführte künstliche Aufregung zu relativieren. Unschön, da sind wir uns einig, ist auch aus unserer Sicht, dass wir bis heute nicht wissen, wo wir stehen. Da, denke ich, wäre es für alle Beteiligten gut, wenn wir schnellstmöglich eine Standortbestimmung haben. Wichtig aus unserer Sicht ist, dass man die Bevölkerung auf die vielfältigen Möglichkeiten der nationalen und kantonalen Programme hinweist, diese erklärt, die Leute unterstützt. Wenn man etwas machen will, ist es doch nicht ganz einfach, durch diesen ganzen Formularschungel zu dringen. Wenn die Stadt dort einen Beitrag leisten kann, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen umsetzen können, denken wir, sind die Steuergelder massvoll und sinnvoll eingesetzt. Die Krediterhöhung hingegen ist aus unserer Sicht Wasser in die Aare getragen, ohne Energie zu erzeugen oder zu vermeiden. Insofern sind auch wir für den stadträtlichen Antrag und lehnen den Erhöhungsantrag ab.

**Gabriela Suter:** So geht es wirklich nicht. Was der Stadtrat uns heute Abend hier vorlegt, verdient den Titel „Umsetzung der Energie- und Klimaziele der Stadt Aarau“ hinten und vorne nicht. Die Botschaft ist allerhöchstens ein energie- und klimapolitisches Feigenblättchen, vielleicht. Es erschreckt uns, dass der Stadtrat aus Spargründen seinen eigenen Aktionsplan, den er verabschiedet hat, nicht umsetzen will. Und es erschreckt uns, dass er Stabulo 2 oder 3 oder 4 stärker gewichtet als einen Artikel in der Gemeindeordnung. Die SP-Fraktion wird selbstverständlich diesem Änderungsantrag der ESAK-Parteien geschlossen zustimmen. Und die SP-Fraktion sieht auch überhaupt nicht ein, wieso der Stadtrat die Abschreibung der Motion Energiestadtlabel Gold beantragt, wenn das Begehren ja gar noch nicht umgesetzt ist. Es ist im Übrigen nicht einfach – wie wurde vorher gesagt – „ein weiterer Sticker im Album“, sondern das Anstreben dieses Goldlabels trägt massgeblich dazu bei, dass unsere Klimaziele hier in der Stadt Aarau eben umgesetzt werden – oder zumindest angestrebt werden. Der Stadtrat begründet den Verzicht auf das Förderprogramm damit, dass der Bund und der Kanton ja bereits genügend fördern würden. Das haben vorher auch Lukas Häusermann und Silvano Ammann erwähnt. Es erstaunt mich doch, dass offenbar die Budgetdebatte im Grossen Rat vom letzten Dezember vollkommen an dieser Botschaft vorbeigegangen ist. Ab 1. Januar 2017 verzichtet nämlich der Kanton Aargau auf ein eigenes kantonales Förderprogramm, und zwar aus Spargründen. Das heisst konkret: Förderung von Minergie-P-Neubauten: gestrichen; Förderung von Minergie-A-Neubauten: gestrichen; Förderung von Minergie A- und P-Modernisierung: gestrichen; Förderung von Kleinholzfeuerungen, das sind beispielsweise Pellettheizungen: gestrichen; Förderung von Wärmepumpen (ob Wasser/Wasser, Sole/Wasser): gestrichen; Förderung von Solaranlagen für Warmwasseraufbereitung: gestrichen; Förderung von Grossholzfeuerungen: ebenfalls gestrichen; Förderung von Abwärmenutzung: ebenfalls gestrichen; Förderung von Pilotanlagen: auch gestrichen. Was der Kanton im Moment noch umsetzt, ist das Gebäudeprogramm, welches jetzt neu vom Kanton her bearbeitet wird. Also, Sie sehen, ein desolates Bild beim Kanton, aus Spargründen verzichtet man eigentlich auch auf die Umsetzung der Energieziele des Kantons Aargau. Aber auch beim Bund wurde abgebaut, auch das haben Sie sehr wahrscheinlich doch irgendwie mitbekommen, die KEV ist quasi tot, das heisst also, Photovoltaik wird eigentlich fast gar nicht mehr gefördert, das ist ja klar. Und beispielsweise wird beim Gebäudeprogramm der Ersatz von Fenstern auch nicht mehr gefördert. Das ist ja das mit dem bestehen-



den Potenzial, was Silvano Ammann vorher erwähnt hat, die bestehenden Gebäude optimieren – aber genau das wird eben nicht mehr gefördert. Es gäbe also jetzt viele Fördermöglichkeiten für die Stadt, die schon mal bestanden haben und jetzt eingestellt wurden. Aber man könnte sich natürlich auch etwas Progressives vornehmen, wir sind schliesslich eine moderne, zukunftsorientierte Stadt. Man könnte mit diesem Förderprogramm neue Technologien fördern, welche jetzt am Entstehen sind und Zukunftspotenzial haben, also Pionierprojekte z.B. im Bereich lokale Speicherungsmöglichkeiten, Batteriespeicherungen. Projekte dafür gäbe es genügend. Und jetzt zu den Finanzierungen, das wurde vorher angesprochen. Wir sind nach wie vor überzeugt davon, dass es richtig wäre, einen Energiefonds einzurichten, damit man eben diesen Massnahmenplan langfristig gesichert finanzieren und auch umsetzen kann. Da ist es sehr bedauerlich, dass der Stadtrat diese Empfehlungen im Gutachten, welches er ja extra in Auftrag gegeben hat, sich eigentlich gar nicht zu Herzen genommen und teilweise auch in der Botschaft aussen vor gelassen hat. Also, wir bitten den Stadtrat, einen Energiefonds zu schaffen. Das heisst, er könnte eben mit der IBA zusammen prüfen – das liegt im Übrigen in der Kompetenz des Stadtrates –, diesen Konzessionsvertrag anzupassen und eben diese Konzessionsgebühr leicht zu erhöhen. Wenn das nicht geht, also wenn die IBA nicht auf diese Konzessionsgebühr-Erhöhung eingehen würde, dann könnte man ja diesen Energiefonds alimentieren mit einem Teil der bestehenden Konzessionsgebühren, also einfach einen Teil zweckgebunden verwenden. Man könnte auch einen Teil der Dividende der IBA zweckgebunden für die Umsetzung des Massnahmenplans verwenden. Das ist übrigens etwas, was econcept in ihrem Bericht vorgeschlagen hat, worauf dann dieser Aktionsplan erarbeitet worden ist. Also, es gibt Möglichkeiten, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es ist alles letztlich eine Frage des politischen Willens. Und wir entscheiden heute Abend, wollen wir das umsetzen, was in der Gemeindeordnung steht oder nicht. Ich bitte, diesen politischen Willen heute Abend zu zeigen und das hier zusammen mit den ESAK-Parteien vorwärts zu treiben, so dass wir in fünf Jahren, im 2022, schon ein wenig weiter sind in der Umsetzung unserer Energie- und Klimaziele.

**Petra Ohnsorg:** Ich wollte Sie fragen, ob Sie wissen, wieviel die Alpiq-Aktie Ende 2012 wert war. Alexander hat es schon fast verraten: Sie stand am 31. Dezember bei 131 Franken, der Höchststand in diesem Jahr war bei 189 Franken. Heute, am 27. Februar 2017, bekam man sie für knapp 85 Franken. Wir haben es gehört, hätten wir nach der grünen Pfeife getanzt, hätte die IBA ihre Alpiq-Aktien verkaufen müssen. Damit wäre heute nicht nur unsere Energiebilanz positiver, sondern wir hätten also auch ein paar Millionen mehr im Portemonnaie. Aber lassen wir einmal „de Wetti und de Hätti“; es kam ja der Gegenvorschlag zur ESAK-Initiative und die IBA hat diese Aktien behalten. Das ist schade, nicht nur aus finanzieller Sicht. Mit dem Gegenvorschlag wurde nicht nur auf den Aktienverkauf verzichtet, auch das Ziel für die 2000-Watt-Gesellschaft wurde korrigiert. Die ESAK-Initiative hat die 2000-Watt-Gesellschaft bis 2050 gefordert. Der Gegenvorschlag hat dieses Ziel um weitere hundert Jahre in die Zukunft verschoben. Wir werden das Zieljahr 2150 deshalb nicht mehr erleben. Aber wer interessiert sich schon für das, was in 133 Jahren ist? Es kann uns doch eigentlich egal sein, ob Aarau dann, im Jahr 2150, eine 2000-Watt-Gesellschaft ist – oder?! Den Aarauern und Aarauern sind die Energie- und Klimaziele aber nicht egal. Sie haben am 11. März 2012 deutlich Ja gesagt zum Gegenvorschlag und damit liegt ein klarer Auftrag vor. Fünf Jahre haben wir auf die Botschaft des Stadtrates gewartet und jetzt ist sie endlich da. Nur ist in dieser Botschaft der politische Wille, diesen Auftrag der Bevölkerung zu erfüllen, überhaupt nicht erkennbar. Die einen wollen eigentlich sowieso gerade gar nichts für Energie- und Klimaziele tun und die anderen begeben sich schon wieder in die Spirale der Spardiskussion – bevor wir überhaupt wissen, wo wir stehen und wie wir an dieses Ziel kommen wollen. Fünf Jahre sind seit dieser Volksabstimmung vergangen und es gibt keine systematischen



Erhebungen und bis 2018 sei nicht mit verlässlichen Zahlen zu rechnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der rechten Seite, bitte entschuldigt, dass ich mich für heute einmal bei Ihrem Vokabular bediene: „Da hat jemand seine Hausaufgaben nicht gemacht.“ Und obwohl wir keine Ahnung haben, wo wir in Bezug zum vorgegebenen Absenckpfad stehen, streicht der Stadtrat auch noch eine der voraussichtlich wirkungsvollsten Massnahmen, das Förderprogramm, einfach ersatzlos. Wir sind echt verblüfft. Wenn die Ziele auch nur ansatzweise ernst genommen würden, müsste man zumindest eine Alternative vorschlagen. Sie verstecken sich aber hinter den Fördergeldern von Kanton und Bund – die es, wie wir gerade gehört haben, so gar nicht mehr gibt – und sie verstecken sich hinter den Leistungen der IBA. Die IBA baut ein Fernwärme-/Fernkältenetz auf. Ja, das ist toll, aber sie tut dies nicht aus altruistischen Beweggründen, sondern weil es betriebswirtschaftlich interessant ist. Und überhaupt liegt das grösste Sparpotential in einem anderen Segment. Gemäss Gesamtenergiestatistik von 2015 sind nämlich nicht die Haushalte oder die Industrie die grössten Endverbraucher, sondern der Verkehr. Über ein Drittel des Endverbrauchs geht auf seine Kappe, das ist fast doppelt so viel wie die Industrie. Und im Verkehr steckt nicht nur sehr viel Energie, sondern auch sehr viel Geld. Mit weniger Verkehr könnte in Aarau nicht nur die CO<sub>2</sub>-Bilanz verbessert werden – für die Sparfritzen unter Ihnen würde sich dies ja sogar monetär positiv auswirken: weil weniger Verkehr auch weniger kostspielige Verkehrsprojekte zur Folge hat. Zudem wären über einzelne lenkungswirksamere Massnahmen, wie z. B. über Parkgebühren, auch zusätzliche Einnahmen möglich. Der Haken am Ganzen ist nur, dass für das Mobilitätsmanagement gerade mal 12'000 Franken eingestellt wurden. Angesichts des Potenzials, welches da brach liegt, ist das aus unserer Sicht inakzeptabel. Fazit: Die ESAK-Initiative wurde von den Aarauerinnen und Aarauern abgelehnt, das können und müssen wir Grüne auch akzeptieren. Aber die abgespeckte Variante, der Gegenvorschlag, der wurde von der Bevölkerung angenommen, und da bitten wir Sie, wertere Kolleginnen und Kollegen, Damen und Herren Stadträte, dies ebenfalls zu akzeptieren. Damit die vorgegebenen Ziele erreicht werden, braucht es ernsthafte Massnahmen und es braucht Mittel. Und deshalb sprechen wir uns einstimmig für eine Erhöhung des Verpflichtungskredits aus und wir erwarten in Zukunft eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Volksauftrag.

**Jürg Schmid:** Ich hätte noch gerne eine Aussage an unsere Anlagespezialisten auf der linken Seite. Man ist ja natürlich nachher immer gescheiter, wie sich ein Aktienkurs entwickelt, und von daher hoffe ich, Sie haben auch alle Ihre Investitionen in Stromproduzenten bereits auf Null heruntergefahren. Die Anlage in die Alpiq durch die IBA wurde vor etwa rund hundert Jahren gemacht, also da von einem Buchverlust zu sprechen, finde ich ein wenig wagemutig. Und schlussendlich muss man sich auch bewusst sein, wer bzw. was eigentlich die Hauptursache ist, weshalb die Preise der Stromkonzerne in den letzten Jahren so massiv zusammengebrochen sind. Es sind hauptsächlich die massiven Subventionen in unserem Nachbarland in die nachhaltige Stromproduktion, welche zu einem Einbruch dieser Preise geführt haben.

**Werner Schib, Stadtrat:** Es liegen, glaube ich, etwas unterschiedliche Auffassungen vor, worüber wir heute Abend diskutieren. Wir diskutieren nicht über die Umsetzung der ESAK-Abstimmung, des Gegenvorschlags. Wenn Petra Ohnsorg fünf Jahre lang gewartet hat, dann tut es mir leid, das wäre nicht nötig gewesen. Und wenn Alexander Umbricht sagte, wir diskutieren heute Abend die Umsetzung der ESAK-Abstimmung – das stimmt nicht. Das war vielleicht etwas der falsche Titel in unserer Botschaft, das gebe ich zu. Wir diskutieren heute Abend nicht die Umsetzung der ESAK-Abstimmung. Wir haben am Tag nach der Abstimmung, am Montagmorgen, begonnen, diese Abstimmung umzusetzen. Diese Abstimmung wird laufend, seit Jahren, umgesetzt. Was wir



jetzt hier und heute noch diskutieren, sind einzelne kleine Massnahmen aus diesem Aktionsplan heraus, für die wir vom Einwohnerrat Geld benötigen. Die IBA konnten wir am Tag nach der Abstimmung mit der Installierung eines Fernwärme-/Fernkältenetzes beauftragen. Das Aktionärsleitbild, welches der Stadtrat der IBA gab, hält fest, dass der Stadtrat erwartet, dass die Unternehmensgruppe der IBAarau auf umweltfreundlichen und rationellen Einsatz von Energie und Ressourcen achtet und im Einklang mit den auf nationaler und kommunaler Ebene vorgegebenen Energie- und Emissionszielsetzungen handelt. Das haben wir getan, wir haben der IBA diesen Auftrag erteilt, das wird umgesetzt, das wurde anerkannt. Aber dafür mussten wir nicht vor den Einwohnerrat treten und mitteilen, dass wir das jetzt umsetzen, sondern wir haben es selbständig gemacht, in vorbildlicher Art und Weise. Ich gebe Ihnen recht, der Verkehr, die Mobilität, braucht viel CO<sub>2</sub> – aber bei der Wärme ist es eben so, dass ein sehr grosser Teil der Fernwärme, über 80 %, heute noch mit fossilen Energieträgern betrieben ist, mit CO<sub>2</sub>-Fressern, mit Erdöl, mit Erdgas, und deshalb kommt diesen Fernwärmenetzen bei der Erreichung der Energie- und Klimaziele eine ganz wichtige Bedeutung zu. Und deshalb war auch die Aussage von Gabriela Suter nicht richtig; es stimmt nicht, dass wir diesen Aktionsplan nicht umsetzen wollen, wir haben diesen Aktionsplan umgesetzt, wir setzen diesen um. Wenn man den Aktionsplan liest, sieht man dort drin, dass wir unterschieden haben zwischen den direkten Massnahmen und den indirekten Massnahmen. Indirekte Massnahmen beinhalten das, was wir bei den städtischen Liegenschaften investieren, da hat der Stadtrat gerade vor kurzem beschlossen, dass er auf den Gebäudestandard 15 gehen will, dass er die Minergie P Eco Standards einhalten will. Wir erneuern laufend energetisch, wir optimieren den Betrieb in den bestehenden Bauten, achten auf Energieeffizienz. Das kostet alles auch; die Zahl ist dem Aktionsplan zu entnehmen, es kostet uns jährlich 445'000 Franken. Aber dafür kamen wir nicht vor den Einwohnerrat, dafür mussten wir keinen Kredit beanspruchen, weil das in den normalen Liegenschaftskosten enthalten ist. Deshalb sind diese Schulhäuser dann ein wenig teurer, deshalb kostet eine Sanierung mehr. Aber diese Beträge, die werden ausgegeben, seit Jahren, deswegen musste man nicht warten bis zum heutigen Tag. Also, das ist ein Missverständnis. Ich habe ein gewisses Verständnis für diesen Abänderungsantrag. Es ist richtig, im Aktionsplan sagte der Stadtrat, er wolle ein Förderprogramm einrichten und dafür gut 2 Mio. Franken ausgeben. Aber man darf ja auch klüger werden. Jetzt kann man natürlich sagen, was ist klüger. Damals hatte der Stadtrat eine besondere Finanzierung im Auge bzw. Hinterkopf, die Finanzierung über die Netznutzungsabgabe, das haben wir juristisch abklären lassen. Wir wollten eigentlich nicht mit einer neuen Abgabe wieder langjährige Beschwerdeverfahren auslösen, sondern etwas machen, was einfach im Vollzug ist und nachher funktioniert. Der Gutachter hat uns informiert, dass dies aus rechtlichen Gründen nicht geht. Bei einer Erhöhung der Konzessionsgebühr ist das Problem wie dargelegt, dass dort nicht nur die IBA einverstanden sein muss, sondern alle 38 Konzessionsgemeinden. Dort braucht es eine Einstimmigkeit, damit dieser Konzessionsvertrag geändert werden kann. Deshalb weist der Konzessionsvertrag auch eine kleine rote Ecke auf in der Botenschaft, weil wir der Meinung waren, wir wollen jetzt nicht mit 38 Konzessionsgemeinden vor Ablauf des Vertrages verhandeln, ob alle einstimmig der Meinung wären, dass man diese Konzessionsabgabe erhöhen könnte. Natürlich, man könnte die Dividenden oder die heute bestehende Konzessionsgebühr in einen Energiefonds fliessen lassen. Das sind aber nachher eben alles Mittel, welche im Haushalt der Stadt fehlen. Und darum hört dann hier eben das stadträtliche Verständnis für diesen Antrag von Links-Grün auf, weil er einfach ausblendet, dass wir in dieser Stadt nicht nur Energiepolitik betreiben können. Wenn der Abänderungsantrag durchkommt und wir das Geld für dieses Förderprogramm ausgeben, dann fehlt das Geld irgendwo, bei der Kultur oder im Sport oder vielleicht im Sozialbereich oder vielleicht bei Bauvorhaben. Oder es wird einfach der nächsten Generation aufgeladen mit Schulden, aber es ist finanzpolitisch grob fahrlässig, jetzt hier mit



der grossen Kelle anzurichten. Dieser Antrag torpediert die städtischen Bemühungen, den Finanzhaushalt ins Lot zu bringen. Ich glaube, wir sind in Zeiten, wo wir Wünschbares vom Notwendigen trennen müssen. Es wurde gesagt, dass andere Förderprogramme bestehen. Man kann mit einem solchen Förderprogramm sicher auch nicht kurzfristig eine grosse Wirkung erzielen, es ist aber ganz sicher nicht notwendig. Warum es nicht notwendig ist, wurde schon erwähnt, ich muss es nicht wiederholen, Jörg Schmid hat es gesagt, es wurde auch von Ihrer Seite anerkannt: die Bemühungen der IBA. Ich möchte nur noch auf etwas hinweisen: die IBA macht schon seit längerer Zeit bei einem Benchmarking von Energie Schweiz mit, wo die nachhaltigsten Energieversorgungsunternehmen der Schweiz regelmässig einem Vergleich unterzogen werden. Dort fand letztes Jahr die Prüfung in Bezug auf die Energiestrategie 2050 statt, die IBA war unter den Top 10 der nachhaltigsten Energieversorgungsunternehmen. Die IBA hat vor allem bei der Produktion und dem Zubau von erneuerbarem Strom, bei Energieberatungsdienstleistungen, bei den Förderprogrammen gute Bewertungen erzielt. Sie hat vor allem, das ist ja das Entscheidende, seit dem letzten Benchmarking einen grossen Schritt vorwärts gemacht. Seit diesem Jahr ist es ja im Übrigen auch so, dass das Basis-Stromprodukt der IBAarau, also das Standardprodukt, welches man einfach bezieht, aus 100 % erneuerbarer Energie aus Schweizer Wasserkraft besteht. Also wenn man als Privatperson möchte, könnte man heute in Aarau gar keinen Atomstrom mehr beziehen. Das Standardprodukt ist bereits zu 100 % erneuerbar, und wenn man sich nachher für die weiteren Naturstromprodukte der IBA entscheiden würde, dann könnte man da noch Windenergie und Solarenergie nutzen. Wir sind überzeugt, weil die IBA da für uns ein ganz wichtiger Player ist bei der Energieversorgung, der Wärmeversorgung, dass wir dann auch die uns gesetzten Ziele erreichen können. Aber es braucht noch gewisse Massnahmen, da gebe ich Ihnen recht. Beim Thema Verkehr gibt es noch Nachholbedarf, darum möchten wir ja dort z. B. die Infrastruktur für Elektrofahrzeuge verbessern. Wir möchten auch 2000-Watt-Areale in unserer Stadt ermöglichen und mit Konzeptarbeit unterstützen; es gibt beim Gewerbe sicher noch Möglichkeiten, um die Energieeffizienz zu erhöhen. Und deshalb brauchen wir noch etwas Geld – nicht, um jetzt mit der Umsetzung der Abstimmung zu beginnen, sondern um das Gesamtpaket städtische Energiepolitik noch abzurunden. In diesem Sinn danke ich für die Aufmerksamkeit und ersuche um Zustimmung zu den stadträtlichen Anträgen.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wir gehen folgendermassen vor: Wir würden zuerst den Antrag 1 des Stadtrates mit dem Abänderungsantrag bereinigen, dann mit dem obsiegenden Antrag in die Schlussabstimmung gehen und danach zu Antrag 2 des Stadtrates kommen.



## Abstimmungen

### Vorabstimmung über den Abänderungsantrag:

Antrag Stadtrat	Verpflichtungskredit 600'000 Franken	23 Stimmen
Antrag GLP, SP, Grüne, Pro Aarau, EVP	Verpflichtungskredit 2'130'000 Franken	25 Stimmen

## Schlussabstimmungen

Der Einwohnerrat fasst folgende

### Beschlüsse

1. Für die Umsetzung der Massnahmen zur städtischen Energie- und Klimapolitik für die Jahre 2017 - 2022 wird ein Verpflichtungskredit von 2'130'000 Franken inkl. 8 % MwSt. bewilligt. (26 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen)
2. Die Abschreibung der Motion von Gabriela Suter betreffend Investitionskredit für ein Vierjahresprogramm zum Erwerb des Goldlabels Energiestadt «European Energy Award®Gold» wird abgelehnt. (22 Ja-Stimmen gegen 26 Nein-Stimmen)

Der Beschluss Ziff. 1 unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum. Der Beschluss Ziff. 2 unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 7  
GV 2014 - 2017 / 322

## 22. Neubau FuSTA Kindergarten Aarau Rohr, Baukredit

---

Mit Botschaft vom 19. Dezember 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden

**Antrag:** *Der Einwohnerrat möge den Baukredit für die Neubauten FuSTA und Kindergarten Aarau Rohr in der Höhe von 7'491'000 Franken inkl. MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten (Stand April 2016), bewilligen.*

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 14. Februar 2017 besprochen und der Kommissionssprecher ist Jürg Schmid.

**Jürg Schmid, Sprecher der FGPK:** Als Auskunftspersonen standen zur Verfügung: Franziska Graf, Stadträtin und zuständig für die Ressorts Bildung und Jugend, Jules Fricker, Mitglied der Schulpflege Kreisschule Buchs-Rohr und dort verantwortlich für die Ressorts Infrastruktur und Sportschule, sowie der Stadtbaumeister Jan Hlavica. Einleitend haben die Auskunftspersonen auf die gut besuchte Informationsveranstaltung am Vortag vor Ort im Stadtteil Rohr verwiesen, die allen Interessierten offen stand. Dort hat auch ein Grossteil der FGPK-Mitglieder teilgenommen, weshalb sich weitere allgemeine Ausführungen erübrigten. Ich würde jetzt gerne die Antworten auf die wichtigsten Fragen der FGPK hier noch präsentieren: Auf eine entsprechende Frage ist seitens der Auskunftspersonen bestätigt worden, dass die Reduktionen der Geschossflächen in diesen Bauprojekten hauptsächlich aufgrund von Kostenüberlegungen erfolgt sind. Dann wurde uns auch erläutert, dass die Auslagen für Kunst am Bau bewusst sehr tief gehalten wurden. Es ist bei der Auswahl insbesondere auch darauf geachtet worden, dass praktisch kein Unterhaltsbedarf besteht. Die ausgewählten Kunstobjekte dienen vor allem dazu, den Kindern die Unterscheidung dieser drei identischen Kindergärten zu erleichtern. Weiter wurde auf eine entsprechende Frage bestätigt, dass der Zweck für die Installation einer Photovoltaikanlage auf dem geplanten FuSTA-Gebäude hauptsächlich der Sicherstellung der Minergie-Eco-Zertifizierung dient. Eine Anlage in dieser Grössenordnung könne nicht wirtschaftlich betrieben werden. Dann wurde seitens der Kommission noch bemängelt, dass die Umgebungskosten sehr hoch seien. Daraufhin wurde uns bestätigt bzw. ausgeführt, dass bei den vermeintlich hohen veranschlagten Kosten zu berücksichtigen ist, dass nebst der Umgebungsgestaltung auch die Einzäunung des gesamten Gebietes sowie die Aussenräume für die Kindergärten und ein separater Aussenraum mit Gartenhaus für das FuSTA-Gebäude darin enthalten sind. Man muss sich auch vorstellen, dass die zu bearbeitende Fläche eben sehr gross ist, sie erstreckt sich über sämtliche drei Kindergartengebäude plus FuSTA und weiter im Osten bis zu den geplanten Autoparkplätzen. In der anschliessenden Diskussion wurde aus den Reihen der Kommission insbesondere die Tatsache bemängelt, dass einmal mehr mit zunehmendem Projektverlauf auch die Kosten für das schlussendliche Projekt massiv angestiegen sind. Zur Erinnerung: In der Vorlage zum Wettbewerbskredit wurde noch von 6,5 Mio. Franken ausgegangen, bei der Vorlage zum Projektierungskredit wurden es dann 7,14 Mio. Franken und nun liegt ein Baukreditantrag über 7,5 Mio. Franken auf dem Tisch. Dies, nachdem gemäss Bericht





und Antrag noch erhebliche Kostenreduktionsentscheide getroffen wurden. Grundsätzlich gehe es immer nur in eine Richtung: Die schlussendlichen Kosten sind immer viel höher als die Indikationen zu Beginn der Projekte. Seitens Auskunftspersonen, ich fasse mich da kurz, wurde in diesem Bereich Besserung gelobt; wir sind gespannt auf die nächsten Kreditanträge. In der Schlussdiskussion ist der Bedarf nach Kindergärten und FuSTA nicht angezweifelt und das Projekt grossmehrtlich sehr wohlwollend gewürdigt worden. Betreffend Vermeidung unerfreulicher Kostenentwicklungen im Projektverlauf wurde auf den seinerzeitig knapp abgelehnten Vorschlag, die Gesamtkosten als Vorgabe in die Wettbewerbsausschreibung einzufügen, hingewiesen. Mit acht Ja zu einem Nein – das Nein hauptsächlich aufgrund der als zu hoch empfundenen Gesamtkosten – empfiehlt die FGPK, den vorliegenden Kreditantrag für den Neubau FuSTA und Kindergarten im Stadtteil Rohr zur Annahme.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Zu diesem Antrag kam heute Nachmittag noch ein **Abänderungsantrag** der Grünen. Dieser lautet folgendermassen:

*Der Einwohnerrat möge den Baukredit für die Neubauten FuSTA und Kindergarten Aarau Rohr um Fr. 8'000 aufstocken und in der Höhe von Fr. 7'499'000 inkl. MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten (Stand April 2016), bewilligen.*

Die Diskussion ist eröffnet.

**Christian Schäli:** Wie Jörg Schmid vorher sagte, empfiehlt die FGPK mit acht zu eins dem Einwohnerrat, diesen Baukredit anzunehmen. Wie ich mich auch vor einem Jahr für den Planungskredit ausgesprochen habe, ist dieses Geschäft damals auch gut durchgekommen. Es war schon damals, vor einem Jahr, nicht umstritten. Umstritten sind aber jetzt natürlich wieder die hohen Kosten. Und wie immer, so auch bei diesem Projekt, wurden verschiedene Sparbemühungen gemacht. Natürlich sehen die Grünen, auch wie immer, diesen Sparbemühungen mit Skepsis entgegen. Und anstatt jetzt über die Notwendigkeit der FuSTA zu debattieren, möchte ich eigentlich lieber einige Gedanken, die ich angestellt habe, hier im Rat einbringen. Eigentlich sind das sind gar nicht Gedanken, welche ich mir als grüner Politiker gemacht habe, sondern eigentlich sind es Überlegungen von liberalen Kräften. Es sind liberale Kräfte, welche immer propagieren, wir wollen den Wohlstand erhalten, wir wollen Arbeitsplätze sichern, wir wollen Jobs schaffen und wir fordern eine Wirtschaft, die wachsen soll. Jetzt möchte ich an einem Beispiel aufzeigen, was ich an dieser Politik, national oder jetzt auch hier im Rat, eigentlich gar nicht verstehe. Und da schau ich jetzt rasch noch zurück auf die Renovation der Zurlinden-Villa. Auch damals waren doch die Kosten extrem umstritten. Der Kredit ist nicht so klar angenommen worden. Jetzt sehen wir doch dem Ende dieser Renovation entgegen. Dort gab es z. B. einen Spezialauftrag: ein Schieferdach. Ein Schieferdach macht ein Dachdecker wahrscheinlich einmal in dreissig Jahren, nehme ich jetzt einmal an. Das kostet Geld, das ist teuer. Und dann habe ich beobachtet, bin oft vorbeigegangen und habe geschaut und musste sagen, ja, dieses Schieferdach hat die Handwerker dort wirklich über Wochen beschäftigt. Nicht nur den Handwerkern, sondern auch deren Familien hat dies ein Auskommen gesichert. Das ist der eine Aspekt, wenn man in ein solches Projekt investiert. Dann komme ich noch zu einem anderen Aspekt, und damit zu etwas, was Sie von einem grünen Politiker ganz selten hören: Wenn der Dachdecker gut rechnet, erzielt er Ende Jahr einen Gewinn; diesen Gewinn will er wahrscheinlich nicht unbedingt versteuern. Dann investiert er vor Jahresabschluss – jetzt hören Sie gleich nochmals etwas, was Sie selten von einem Grünen hören – vielleicht in ein Auto; ich hoffe, es sei ein elektrisches. Nachher freut sich natürlich der Autohänd-



ler, dieser investiert wiederum in seine Ausstellung. Dann hat die Automobilindustrie Freude, deren Zulieferer freuen sich, und diese investieren wieder in die Neuentwicklung ihrer Produkte. Das ist das Eine, und das ist ja der Sinn unserer Wirtschaft. Das ist auch Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Wenn man noch weitergehen möchte, würde ich sagen, ist es auch Voraussetzung für einen sozialen Frieden. Jetzt, in der heutigen Botschaft, sind alle möglichen kleinen Sparmassnahmen enthalten. Anhand des vorher angeführten Beispiels möchte ich einfach auch sagen, was das anders ausgedrückt auch heissen kann: Wir streichen die Brandmeldeanlage, 32'000 Franken – ein Auftrag für einen Elektriker, wird gestrichen. Nachher streichen wir auch noch das Herunterhängen der Decken in den Nassräumen – bedeutet weniger Umsatz für den Gipser. Kein Blitzschutz – gibt auch keinen Auftrag für den Spengler und keine Vorhänge – gibt keine Aufträge für die Innendekorateure. Diesen Branchen geht es schon ganz schlecht. So geht dieses Spiel immer weiter und weiter. Jetzt möchte ich wissen, wie wir eine Wirtschaft wachsen lassen wollen, wenn wir sparen. Ich möchte wissen, wie wir jetzt auch Arbeit schaffen und Jobs sichern wollen, wenn wir nicht investieren wollen. Das sind einfach diese Überlegungen, die ich mir zu diesen Sparanträgen gemacht habe. Ich möchte Ihnen diese Erhöhung um 8'000 Franken beliebt machen. Wenn wir in den Haupträumen keine Tagesverdunkelung installieren können, dann wird dieser Raum in seiner vollen Nutzung massiv eingeschränkt, denken wir an eine Präsentation, ein Theater, einen Film etc., welche auch dort in einem Kindergarten gezeigt werden möchten. Die können nicht mit der Bockleiter drei Meter hinaufsteigen und irgendwie ein Tuch hinhängen. Also ich denke, da haben wir eine unverhältnismässige Sparübung, und ich möchte beliebt machen, diesen Antrag anzunehmen. Dann komme ich noch schnell zum Votum Neubau FuSTA: Wir investieren ja eigentlich nicht in die Arbeitsplätze oder in die Wirtschaft. Wir investieren in unsere Zukunft, wir investieren in die Kinder, die sollen ein Umfeld haben, in dem sie wachsen, gedeihen und lernen können. Und das ist viel wichtiger, als einfach ein Gebäude aufzustellen. Und wir alle hier im Rat wissen, es gibt nichts, was teurer ist als Bildung – ausser keine Bildung. Ich würde mich freuen über Anregungen der liberalen Kräfte zu meinem wirtschaftlichen Gedankenspiel und danke für die Aufmerksamkeit.

**Barbara Urech:** Seit dem Jahr 2010 ist Rohr ein neuer Aarauer Ortsteil. Und seit dem Jahr 2012 haben wir eine Motion im Hause, welche wir am 7. Mai 2012 an den Stadtrat überwiesen haben. Der Bedarf, im Stadtteil Rohr ein gleichwertiges FuSTA-Angebot anzubieten, wie es in den übrigen Stadtteilen in Aarau besteht, ist doch sehr dringend. Die Fraktion der FDP wird diesem Geschäft zustimmen, doch die Kosten wecken wieder einmal extremen Unmut. Wir wissen auch, dass mit dem heutigen Raumprogramm und dem Standard Minergie Eco die Bauten in Zukunft sicher nicht günstiger werden. Für uns ist aber klar, noch weiter zu sparen zum jetzigen Zeitpunkt macht wenig Sinn. Aber wir finden, es hätte doch einige Sparmassnahmen geben können. Prüfwert wären sicher gewesen: Aluminium-Fester anstatt Holz/Alu; Details mit verwinkelten Fassadenwicklungen, wie hier dargestellt, sind sehr teuer, teurer als eine Oberfläche z. B. mit Platten. Oder, weshalb müssen es zwei verschiedene Systeme von Oblichtern sein, einmal mit textilem Sonnenschutz und einmal mit Vertikalfenster-Rafflamellen? Wir möchten wieder einmal an alle Beteiligten appellieren, mit unseren Steuergeldern mehr haushälterisch umzugehen. Wir wollen auch, dass diese Grobkostenschätzungen realistischer sind; vielmehr muss in Zukunft ein verbindliches Kostendach erfolgen, damit die Planung gezielter ausgeführt werden kann. Vielleicht sollte man zuerst klarer definieren, bevor man bestellt. Beim Wettbewerb, wir haben es schon einmal gehört, sind wir von Kosten bis 6,5 Millionen Franken ausgegangen, nachher war man bei 7,1 Millionen Franken und jetzt sind wir über 7,5 Millionen Franken. Seinerzeit wurde ein Antrag gestellt, um dieses Projekt bei 6 Millionen Franken zu plafonieren, und dieser Antrag wurde dann übrigens nur



knapp abgelehnt. Wir Einwohnerräte haben das Vertrauen der Aarauer Bevölkerung, nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden und auch gewisse Sachen zu hinterfragen. Diese Abweichung von über 20 % macht uns ein mulmiges Gefühl. Schon mehrere Male hat unsere Fraktion dies hier im Raum gesagt, dass man wirklich bei Neubauten die Kosten besser im Griff haben sollte. Wir sind immer wieder getröstet worden mit dem Satz: Später, und beim nächsten Mal, und in Zukunft. Im Bericht der FGPK auf Seite 13 kann man lesen, dass der Stadtrat auch keine Freude hat an diesen Kostensituationen, und der Bauherr und die Architekten hoffen doch immer, dass das Projekt nicht teurer wird als ursprünglich geplant. Ja, wir hoffen alle, aber genau dies gehört als Aufgabe zur Bauherrschaft; ich denke, dass man genau da wieder einmal ansetzen sollte. Vielleicht könnte man auch eine einfachere Art von Ausschreibung in Betracht ziehen – oder schon im Vorfeld, wie erwähnt, besser definieren, was man will, damit genau solche Kostenexplosionen nicht passieren. Eine private Person kann auch nicht hoffen, dass ihr Neubau hoffentlich nicht 20 % teurer wird. Und genau dieses Denken und vor allem Umsetzen und Handeln erwartet die FDP in Zukunft von allen Beteiligten. Was wir zusätzlich auch noch schade finden, ist, dass beim Thema Kunst und Bau kein Aargauer Künstler nur annähernd angefragt wurde. Diesen Auftrag hat man der Architektin überlassen, von welcher übrigens dann auch die Interessengruppe vertreten wurde. Genau so etwas erwarte ich von der Projektgruppe, dass sie genau solche Dinge prüft. Fazit: Die Fraktion der FDP zweifelt nicht am Projekt selber – aber die so viel höheren Kosten wecken Unmut und sind schlicht und einfach nicht verständlich. Wir erhoffen uns, dass der Kredit hoffentlich nicht ausgeschöpft wird. Trotzdem allen Beteiligten ein Dankeschön für den Effort und den Einsatz.

**Peter Roschi:** Das vorliegende Projekt Neubau FuSTA Kindergarten Aarau Rohr ist sicher unbestritten und die CVP wird dem Projekt einstimmig zustimmen. Die uns vorgelegte Unterlagen sind sehr umfassend und ausführlich und ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken bei jenen Leuten, die diese Arbeit bis hierhin geleistet haben. Dass wir jetzt eine Kostensteigerung von knapp 12 % haben, das ist eigentlich auch gar kein Problem, denn, ich muss Sie daran erinnern, wir haben diesem ganzen Projekt zugestimmt, und dort stand, plus minus 20 %. Also, es muss doch niemand überrascht oder beunruhigt sein, wenn wir jetzt anstatt 20 % mehr nur 12 % mehr haben. Ich sehe nicht, wo da das Problem ist. Das Problem liegt aber darin, dass wir eben ein Verfahren gewählt haben, wo wir plus minus 20 % haben. Und wenn wir mit diesen Wettbewerben weiterfahren, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn wir solche Sachen erhalten. An dieser Stelle noch schnell zwei Anmerkungen zum Projekt selbst. Von mir aus ist auch klar, dass in einem Kindergarten, wie es Christian vorher erwähnt hat, eine Verdunklung vorhanden sein muss. Ich habe aber einfach ein wenig ein Problem, wenn wir jetzt hier über Tausendstel, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, über Tausendstel diskutieren: 8'000 Franken ist ein Tausendstel von 8 Millionen. Wenn das wirklich nötig ist, dann behaupte ich, bei einer Kostenungenauigkeit bei einem Projekt von 8 Mio. Franken von plus / minus 10 %, es absolut möglich ist, diese 8'000 Franken irgendwo noch unterzubringen. Was mich dann mehr beunruhigt, ist, dass wir in der Schweiz im Jahr 20'000 Brände haben. Vierzig Menschen sterben in der Regel in der Schweiz bei einem Brand, jedes Jahr tragen ungefähr zweihundert Leute schwerste Brandverletzung davon. Und wenn jemand nicht weiss, wie das aussieht, kann er einmal bei mir schauen kommen. Der jährliche Schaden, welcher angerichtet wird, ist ungefähr bei 600 bis 700 Millionen Franken. Und wir verzichten tatsächlich auf eine Brandmeldeanlage, nur weil der Kanton Aargau sie im Moment gar nicht vorschreibt. Es gibt aber in der Schweiz noch andere Kantone, nicht davon zu reden, wenn wir nach Deutschland schauen, dort ist das absoluter Standard. Wir sprechen hier auch von 32'000 Franken. Da sind wir auch noch nicht einmal im Prozentbereich dieses ganzen Projektes. Ich möchte



beliebt machen, dass man auf diesen Entscheid nochmals zurückkommt und mindestens eine Brandmeldeanlage integriert. Jetzt zum Schluss noch ein Vorschlag für die Zukunft: Wenn wir dies finanziell vermögen und es kein Problem ist, machen wir einfach so weiter wie bis jetzt. Dann ist alles bestens und es gibt keine Probleme. Wenn wir aber zur Überzeugung gelangen, dass wir allenfalls sparen sollten oder sogar eventuell sparen wollen, wäre mein Vorschlag folgender: Erstens, schauen wir doch einmal, wie viel Geld wir für ein Projekt ausgeben wollen, zum Beispiel sieben Millionen Franken. Zweitens, wir legen fest, was wir gerne hätten für diese sieben Millionen Franken. Drittens, wir suchen sieben Architekten aus Aarau und Umgebung und sagen ihnen, sie erhalten einen Studienauftrag. Und bei der Vergabe, wenn wir nachher die Aufträge haben, schauen wir noch darauf, dass in erster Linie Handwerker aus Aarau und Umgebung berücksichtigt werden, dies kann man mit einer direkten Vergabe machen oder auch in den Kriterien festlegen bei der Ausschreibung. Denn Architekten und Handwerker aus Aarau und der Region zahlen schliesslich auch hier Steuern – und wenn sie die Steuern halt nicht zahlen oder investieren, investieren sie meistens auch hier in der Region. Und für mich ist es einfach ökologisch höchst fragwürdig, wenn bei diesen grossen Projekten der Maler mit drei Kesselchen Farbe von Zürich jeden Tag hierher fährt, und in Aarau drei oder vier Maler sind, die dann keine Arbeit haben.

**Thomas Richner:** Mein Votum geht ein wenig in die Richtung der FDP und der CVP, wie könnte es anders sein, aber ich hoffe, es ist nicht zu viel Wiederholung. Die Notwendigkeit der drei neuen Kindergärten in Rohr ist sicher unbestritten, FuSTA in Rohr ist auch unbestritten. Allerdings, wie üblich, sind die Kosten sehr hoch. Bereits in meinem Votum zur Motion im 2012 habe ich gesagt: Was Rohr braucht, ist nicht eine Deluxe-Lösung, wie sich das Aarau im Allgemeinen gewohnt ist, sondern eine angemessene finanzierbare Lösung. An der Sitzung am 24. März 2014 ging es dann um den Kredit für den Wettbewerb. Dort hat die SVP-Fraktion den Antrag gestellt, die Gesamtbruttoprojektkosten auf 6,5 Mio. Franken zu limitieren. Leider wurde dieser Antrag mit 24 zu 20 Stimmen knapp abgelehnt. Jetzt haben wir also über den Baukredit von knapp 7,5 Mio. Franken zu befinden. Zur Erinnerung, wir haben dann schon 220'000 Franken für den Wettbewerb gesprochen und 600'000 Franken für die Projektierung, so dass uns das Ganze etwa 8,3 Mio. Franken kostet und das notabene noch ohne Bauland. Wir fragen uns also, wieso sind die Bauten in Aarau immer so teuer? Die Hauptgründe hier liegen sicher in den vielen Vorgaben und Richtlinien, die einzuhalten sind und welche sich die Stadt grösstenteils selber auferlegt hat. Es fängt an mit der Durchführung eines Wettbewerbes – es werden alle erdenklichen Anforderungen gestellt, die Wünsche der Besteller werden aufgelistet und ein kleines Gremium entscheidet schliesslich über ein Projekt. An dieses Projekt muss man sich nachher grundsätzlich halten und alle Änderungen sind ganz schwierig umzusetzen. Offenbar sind dann solche Wettbewerbe auch für Architekten sehr lukrativ, wie lässt sich sonst erklären, dass 73 Projektvorschläge für dieses Projekt eingereicht wurden. Es ist ein Raumprogramm vorgegeben von der Stadt Aarau. Auch hier gibt es sehr grosszügige Vorgaben an Flächen und Räumen und Abweichungen bzw. Reduktionen sind nur im kleinen Rahmen möglich. Es gibt Baustandards, so z. B. Minergie ECO. Die Mehrkosten bei der Investition belaufen sich auf etwa 10 %, also etwa 700'000 Franken. Das machen wir ja auch wegen ESAK, also, es wird doch schon etwas getan. Im Gebäudeinnern ist ein hoher Ausbaustandard und Automatisierungsgrad verlangt. So müssen Steuerungen und Geräte für den zukünftigen Anschluss an ein Gebäudeleitsystem ausgelegt werden. Für die Gartengestaltung wird empfohlen – im Klartext heisst das: es muss – ein Architekt, ein spezialisierter Garten- und Landschaftsarchitekt beigezogen werden. Das macht dann auch die Umgebung entsprechend etwas teurer. Und so weiter, und so weiter. Dies alles führt halt zu solch hohen Kosten. Ich durfte nun ein Jahr lang in dieser Projektdelegation mitwirken und das Ziel wäre natürlich gewesen, auf diese 6,5 Mio. Franken hinun-



terzukommen. Ich muss sagen, das ganze Team dieser Projektierung hat aus meiner Sicht sehr vernünftig gearbeitet und so konnten doch grosse Einsparungen gegenüber den Kostenberechnungen realisiert werden. Im Rahmen der Möglichkeiten und immer auch in Absprache mit den Nutzern hat man das Optimum gesucht, hat versucht, Kompromisse zu finden, halt immer ein wenig begrenzt durch all die Vorgaben, die man hat. Die einzelnen Punkte der Einsparungen sind in der Vorlage ersichtlich. Schlussendlich sind wir nun also beim Baukredit in der Höhe von 7,49 Millionen Franken, und das ist sicher immer noch ein Projekt in der obersten Liga. Um die Kosten aber weiter zu senken, müssten wir die Vorgaben bei solchen Projekten ändern und die Ansprüche grundsätzlich reduzieren. Dies ist sicher eine wichtige Aufgabe, wie auch schon von Peter Roschi angesprochen, für die nächsten Projekte und die Zukunft. Aufgrund dieser Erläuterungen unterstützt die SVP-Fraktion einstimmig den Antrag des Stadtrates. Die Erhöhung des Kredites um diese 8'000 Franken für die Oberlichtbeschattung haben wir in der Projektdelegation auch diskutiert, dieser stimmen wir nicht zu. Es hat 346'000 Franken Reserve im Projekt. Wenn es sich als nötig erweist während des Bauens, dann wird man das sicher unterbringen. Ausserdem finde ich, 7,499 Mio. Franken für einen Kredit sieht ein wenig „getürkt“ aus. Erlauben Sie mir noch zwei weitere Zusatzbemerkungen. Zur Zertifizierung nach Minergie ECO: Damit das FuSTA Gebäude Minergie ECO zertifiziert werden kann, soll eine kleine, unwirtschaftliche Photovoltaikanlage auf diesem Projekt gebaut werden. Im Laufe der Diskussionen hat man sich überlegt, dass eine solche Anlage auf der Doppelsporthalle nebenan viel wirtschaftlicher und besser wäre. Diese Anlage wurde inzwischen auch bereits gebaut und die IBA betreibt sie. Weil es nicht wirtschaftlich ist, diese Anlage auf dem FuSTA-Gebäude zu betreiben, wird es auch nicht durch die IBA gemacht, sondern die IBA erstellt und finanziert dies nur. Und wir zahlen es dann in den nächsten Jahren über den Wärmeverbrauch. Solche Investitionen sind aus meiner Sicht sehr fraglich und dienen eigentlich wirklich wieder nur der Befriedigung von Zertifikaten. Mit dem gleichen Geld könnte man an einem andern Ort mehr bewirken. Man könnte auf diese Anlage und auf die entsprechende Zertifizierung deshalb aus unserer Sicht verzichten. Sehr gerne würde ich da, speziell nach den ESAK-Diskussionen von vorhin, wissen, ob das auch eine Option für unsere links-grünen Kollegen wäre. Noch zum Thema Parkplätze: An der Sitzung im September haben wir uns für den Erhalt der aktuell neunzehn Parkplätze im Bereich Post/Kindergarten ausgesprochen, was vom Rat abgelehnt wurde. An dieser Stelle möchte ich nur noch festhalten, dass die nun vorgesehenen acht Parkplätze und die entsprechende Spielwiese auf der Ostseite der Neubauten ein Provisorium darstellen. Das heisst, dass Änderungen oder auch Erweiterungen von Parkplätzen zukünftig möglich sein sollen und auch möglich bleiben.

**Anja Kaufmann:** Wenn man nach zwei Stunden Aufenthalt in einem Raum den Modergeruch in Kleidern und Haaren feststellen kann, dann ist die Sanierung dieses Gebäudes dringend notwendig. Das gilt insbesondere dann, wenn Kinder betroffen sind. Beim Kindergarten Kirchweg – ein etwa sechzig Jahre altes Provisorium – ist dieser ständige Modergeruch Tatsache. Diejenigen, die das nicht kennen oder mir nicht glauben, sind herzlich eingeladen, an den kommenden, hoffentlich letzten Besuchstagen dort einmal einen Augenschein oder besser gesagt, einen Geruchsschein zu nehmen. Um es vorwegzunehmen, der neue Kindergarten ist kein Luxusprojekt, sondern eine unumgängliche Notwendigkeit. Ebenso unbestritten sind aus Sicht der SP-Fraktion der Ersatz des Kindergartens Auenhalle, welcher ebenfalls keine vollwertigen Räume zur Verfügung hat, und die Erstellung einer dritten Kindergartenabteilung wegen der steigenden Kinderzahl. Das Projekt Zottel, Zick und Zwerg – dieser Name erfreut hoffentlich nicht nur mich als Geissenliebhaber, sondern auch andere Fraktionen, hat doch ein anderer Geissbock Zottel in der Politik schon einige Berühmtheit erlangt – ist auch architektonisch schön und zurückhaltend umgesetzt. Sinnvoll sind



auch die Verbindungsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Kindergartenabteilungen. Das lässt Raum zum Gestalten und zur Durchführung von grösseren Projekten. Auch der Aussenraum überzeugt, er verbindet ganz geschickt die bestehenden Anlagen und wertet die Schulanlage insgesamt auf. Die Projektorganisation hat hier gute Arbeit geleistet. In Zeiten der knappen Gelder wurden auch bereits einige Einsparungen durchgeführt, wir haben es schon gehört. Wenn solche Einsparungen die Funktionalität einschränken, sind sie wahrscheinlich nicht so sinnvoll. Wir unterstützen deshalb den Antrag der Grünen. Es wird auch bemängelt, dass das Projekt wieder einmal teurer ausgefallen ist als geplant. Dazu ist halt zu sagen, dass bei einem Projekt nicht von Anfang an verbindlich festgelegt werden kann, wie teuer es genau sein wird. Eine Grobkostenschätzung ist keine Detailplanung und eine Abweichung von 12 % über der Grobkostenschätzung ist tolerierbar. Das vorliegende Projekt wurde nach dem Wettbewerbsverfahren durchgeführt und das war allen bekannt. Im Nachhinein die Spielregeln ändern zu wollen, ist schwierig. Aber für die Zukunft haben wir ja gehört, dass man auch bei einer Grobkostenschätzung genauer hinschauen möchte. Das ist erfreulich. Neben dem Kindergarten ist auch eine neue FuSTA-Abteilung geplant. Die Stadt Aarau hat, wir haben es auch gehört, seit 2010 einen neuen Stadtteil. Auch dort leben Menschen und Familien mit Bedürfnissen nach Tagesstrukturen; es ist offensichtlich ausgewiesen. Und es höchste Zeit, dass acht Jahre nach der Fusion alle Aarauer Familien gleich behandelt werden. Für alle halt, und nicht nur für diejenigen, die das Glück haben, in einem anderen Quartier zu wohnen. Wenn man die Voten hier im Rat zu FuSTA im Stadtteil Rohr anschaut, scheint für einmal grosse Einigkeit zu herrschen. Bereits bei der Beschlussfassung haben alle Fraktionen zugestimmt, und auch beim Wettbewerbskredit. Da bleibt aus SP-Sicht nicht mehr viel hinzuzufügen. Bei so viel Zustimmung bleibt abschliessend nur noch zu sagen, dass die Integration des Stadtteils Rohr offenbar auch ab und zu dazu führen kann, dass im Einwohnerrat Sachpolitik und überparteiliche Lösungen, allen populistischen Tendenzen und Partikularinteressen zum Trotz, nach wie vor möglich sind. Das wird hoffentlich auch in Zukunft so sein. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrats zum Baukredit für Kindergarten und FuSTA Aarau Rohr geschlossen zu.

**Esther Belser Gisi:** Aarau verfügt über ein breites familien- und schulergänzendes Betreuungsangebot. Im Einzugsgebiet jedes Primarschulhauses und den dazugehörigen Kindergärten werden die Kinder in den dort lokalisierten Tagesstruktureinrichtungen von erfahrenen Fachpersonen betreut. Das steht schon seit Jahren auf der Homepage der Stadt Aarau. Darum ist diese Vorlage heute schon fast ein historischer Moment für mich: Vor sieben Jahren haben wir fusioniert, und nach neun Jahren ist es dann endlich Wirklichkeit, die Krippe und der Hort. Bei der Fusion war unser Sohn zarte sechs Jahre alt und bis es dann realisiert ist, wird er die Schule abgeschlossen haben. An den Kindern sieht man, wie lange solche Projekte dauern, also länger als die KEBA. Auch die Kindergärten sind dringend nötig: Seit einiger Zeit haben wir ein Provisorium in Rohr in Betrieb, ein anderer Kindergarten verfügt nicht einmal über die Hälfte des Richtraumprogramms, weil er so klein und winzig ist, und dann haben wir eben noch den bereits erwähnten Moder-Kindergarten – auch unser Sohn kam jeweils mit dieser Duftnote heim, zwei Jahre lang, das ist wirklich so. Die Schulanlage in Rohr ist für den Stadtteil ein besonderer Platz: Es ist nicht nur ein Schulhausplatz, es ist auch Treffpunkt für Mütter und ihre Kinder, es ist der einzige öffentliche Spielplatz in diesem Stadtteil und so etwas wie das gefühlte Zentrum für viele Familien. Es ist ein Platz, wo sich viele Leute wohl fühlen und der mit seinem geschlossenen Charakter ein Gefühl der Geborgenheit vermittelt. Und das nimmt dieses Bauprojekt, welches wir jetzt hier haben, auf. Leider waren eben die Kosten der Knackpunkt. Ich durfte mit Thomas Richner in dieser Baudelegation dabei sein und Sie können mir glauben, wir haben gerungen um Senkung dieser Kosten, immer im Wissen, dass es nachher auch noch funktionieren muss. Wir haben vieles optimiert, vieles wurde



gestrichen. Wir haben über kleine Details gesprochen, wie über Anzahl Telefone und Stehleuchten für Lehrpersonen und auch über diese Oblichter, wo Christian jetzt anregte, dass noch eine Beschattung etabliert werden muss. Ein Kindergarten muss einen beschatteten Hauptraum haben, das ist eine Anforderung. Als dies gestrichen wurde, haben wir nachgefragt, ob das geht. Es ist so, dass ein äusserer Sonnenschutz bei diesen Oblichtern vorgesehen ist, dieser dient auch der Verdunkelung, und es wurde dazu gesagt, das reiche aus. Und die Nutzer haben dem zugestimmt. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen und hoffen, dass dies dann auch wirklich so sein wird, sonst muss man es nämlich nachrüsten. Von unserer Fraktion wurde im Rahmen des Projektierungskredites gefordert, dass die Heizungsanlagen, welche projektiert werden, ohne fossile Brennstoffe betrieben werden sollen und dass diese Gebäude den Minergie Eco-Standard aufweisen sollen. Dies war übrigens auch ein Teil dieser Kostensteigerung, welche in den ersten Kostenschätzungen halt nicht mit einbezogen war. Man hat jetzt eine Lösung, indem die IBA einen Fernwärmeverbund zur Verfügung stellen wird, es gibt allerdings eine Übergangsfrist von sieben Jahren. Das ist in unseren Augen sinnvoll und wir stimmen dem zu. Es war auch nie unsere Absicht, da irgendeine nicht wirtschaftliche oder nicht nachhaltige Zwischenlösung zu fordern. Jetzt haben wir ein FuSTA-Gebäude, welches MinergieEco-Standard hat und auch zertifiziert wird. Einen kleinen Wermutstropfen gibt es: Die Kindergärten werden keine Lüftung aufweisen, die hat man gespart, 150'000 Franken, das ist ein grosser Brocken. Man fand in der Projektdelegation auch, dass dies zumutbar ist, und die Nutzer haben zugestimmt. Aber das ist natürlich nicht das, was wir eigentlich wollten. Wir stimmen trotzdem zu, auch wenn damit unsere Forderungen nicht in allen Belangen erfüllt sind. Also, das Zertifikat für die Kindergärten wird dadurch nicht gegeben sein. Wir haben heute ein Projekt vor uns, von welchem wir überzeugt sind, dass es eine schöne Anlage ist und den Kindern und den Erziehungspersonen nützen wird. Wir sagen deshalb überzeugt Ja zu diesem Projekt.

**Franziska Graf, Stadträtin:** Ich möchte Ihnen ganz herzlich danken für die grundsätzliche gute Aufnahme dieses Projektes. Wir sind froh, an diesem Punkt zu sein, Ihnen diesen Baukredit beantragen zu dürfen. Und wie es jetzt hier mehrfach erwähnt wurde und ich schon der FGPK sagte, ist auch der Stadtrat nicht sehr glücklich über die Entwicklung der Kosten. Wir haben uns in der Projektdelegation sehr bemüht, das Ergebnis haben Sie gesehen. Und wir sind der Meinung, so funktioniert es. Die Anregungen, die Sie uns heute aufgezeigt haben, nehmen wir sehr gerne mit und werden diese einfliessen lassen bei unserer internen Aufarbeitung, wie wir eben mit diesen Kosten in Zukunft umgehen wollen. Dann noch ganz kurz zum Abänderungsantrag: Da möchte der Stadtrat an der von ihm gestellten Vorlage festhalten; es gibt eine äussere Beschattung (nicht lichtdicht, keine absolute Verdunkelung) für diese Oblichter, und die Nutzer haben dem zugestimmt, das müsste eigentlich für den Betrieb so funktionieren. Also, wir empfehlen Ihnen, den Zusatzantrag abzulehnen.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir werden die beiden Anträge einander gegenüberstellen und mit dem obsiegenden Antrag in die Schlussabstimmung gehen.



## Abstimmungen

### Vorabstimmung über den Abänderungsantrag:

Antrag Stadtrat	Verpflichtungskredit 7'491'000 Franken	26 Stimmen
Antrag Grüne	Verpflichtungskredit 7'499'000 Franken	22 Stimmen

### Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

#### Beschluss

*Für die Neubauten FuSTA und Kindergarten Aarau Rohr wird ein Baukredit in der Höhe von 7'491'000 Franken inkl. MwSt., zzgl. teuerungsbedingter Mehrkosten (Stand April 2016), bewilligt.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 Abs. 1 lit. g der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Jetzt habe ich gerade gehört, man sollte es fast fotografieren. Vielleicht von den meisten unbemerkt, haben wir da noch eine Parallel-Debatte auf Twitter, und zwar werden zum Teil hier Resultate bzw. Ergebnisse fotografiert. Ich habe die zuständige Person für diese Twitter-Meldung in der Pause kontaktiert und gesagt, dass ich, Lelia Hunziker, dies in meinem Ratsbetrieb nicht goutiere. Dies wurde auch gleich wieder auf Twitter kommentiert, das goutiere ich auch nicht. Ich möchte eigentlich nicht, dass wir so weiter verfahren. Wir haben die Möglichkeit, transparent abzustimmen, wir sind ein öffentlicher Rat, die transparente Abstimmung ist per Namensnennung. Natürlich, es ist nicht geheim. Bei den Abstimmungen zum Fussballstadion wurde von der Tribüne aus ebenfalls fotografiert und auch dort sagte man dann, dass man das nicht gut findet. Ich kann jetzt nicht das Gesetz zitieren, sondern ich sage einfach, ich goutiere es nicht, ich finde es nicht richtig, wenn das fotografiert wird; möglicherweise ist es nicht verboten. Und wenn dann das, was ich in der Pause sage, noch zitiert wird auf Twitter ... Dann kann man das machen: Wir haben jetzt gerade einen neuen Kindergarten beschlossen.





Traktandum 8  
GV 2014 - 2017 / 332

## 23. Abwasserverband Aarau und Umgebung AVAU); Baurechtsvertrag

---

Mit Botschaft vom 9. Januar 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden

**Antrag:** *Der Einwohnerrat möge den Baurechtsvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Aarau, als Baurechtsgeberin und Eigentümerin von Liegenschaft Aarau 4151, und dem Abwasserverband Aarau und Umgebung, als Baurechtsnehmer, genehmigen.*

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 14. Februar 2017 besprochen und der Kommissionsprecher wäre Peter Jann, welcher krank ist. Daher spricht Alexander Umbricht.

**Alexander Umbricht:** Auskunftspersonen waren Lukas Pfisterer und André Liniger. Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt hat einen Plan erstellt, um die Abwasserreinigung im Kanton weiter zu regionalisieren. Die Zusammenschlüsse sind konsequent umzusetzen, damit die Voraussetzungen für eine wirtschaftlich, ökologisch und betrieblich optimale Abwasserreinigung erfüllt werden können. Das Konzept sieht vor, dass nebst den verschiedenen ARA-Zusammenschlüssen drei bis vier grössere ARA-Zentren zu bilden sind. Der Abwasserverband Aarau und Umgebung plant in den nächsten fünfzehn Jahren eine Anlagenerweiterung der Abwasserreinigungsanlage. Mit dem beantragten Baurecht – das wäre eine Reservation von fünfzehn Jahren und ein Baurecht während achtzig Jahren – soll dem Abwasserverband die Zukunft an diesem Standort gesichert werden. Zur Beratung: Die Kommission wollte wissen, welchen Vorteil die Stadt mit dem Sitz der ARA in Aarau hat. Zudem interessierte die Kommission, wie das Stimmenverhältnis der Gemeinden im Abwasserverband ist. Es hat sich herausgestellt, dass das heutige Areal der ARA in Aarau seinerzeit der Stadt gehört hat und damals dem Abwasserverband verkauft worden ist. Die Stadt hat dafür Geld erhalten – das ist immer schön. Der Vorteil: Für die Erweiterung wird die Stadt einen regelmässigen Baurechtszins erhalten – auch das wird uns freuen. Weitere finanzielle Vorteile gibt es keine, auch weil die ARA keinen Gewinn erwirtschaften darf. Es stärkt Aarau als Zentrumsgemeinde. Zum Stimmanteil: Dem Verband gehören elf Gemeinden an. Im Vorstand hat die Stadt Aarau zwei Sitze, die übrigen Gemeinden je einen Sitz. Zusätzlich wurde zur Verlegung des Gönhardkanals die Frage gestellt, ob die Aufteilung der Verlegungskosten so üblich ist. Die Auskunftspersonen haben erläutert, dass vorgesehen ist, im Falle einer notwendigen Verlegung einen Kostenverteiler auszuhandeln. Eine Beteiligung der Stadt wäre denkbar, weil man ja bei einer Verlegung auch zu einer neuen Leitung kommt. Es könnte aber auch sein, dass der Abwasserverband die grossen Zuleitungen generell übernehmen wird, womit eine Kostenbeteiligung der Stadt entfallen würde. Ein weiteres Thema war, dass alles somit näher an die Wohnquartiere zu liegen käme, was natürlich die Frage von Immissionen aufwirft – bekanntlich riecht es nicht immer so gut um eine ARA herum – und ob es nicht eigentlich in einer langfristigen Optik sinnvoll wäre, einen anderen Standorten zu suchen. Da hat sich laut Auskunftspersonen herausgestellt,



dass bei einer Erweiterung der Anlage so oder so gesetzliche Vorschriften eingehalten werden müssen, was längerfristig auch zu einer Immissionsverminderung führen müsste. Da man aber noch kein Baugesuch hat, kann man auch noch nicht viel Konkretes dazu sagen. Bezüglich alternativen Standorten hat man aber Abklärungen getroffen. Standorte im Auenschutzgebiet oder in einem Grundwasserschutzgebiet kommen – welche Überraschung – generell nicht in Frage. Andere geprüfte Parzellen sind zu klein oder nicht entsprechend erschlossen. Und ich persönlich nehme an, sie werden auch bereits überbaut. Dann ging es noch um die Schrebergärten: Da wollte die Kommission wissen, wer die finanziellen Folgen einer Verlegung dieser Schrebergärten tragen müsste. Die Auskunftspersonen haben erläutert, dass Pachtverträge bestehen, welche die entsprechenden Bedingungen festhalten. Der Stadtrat hat bereits den Auftrag erteilt, alternative Standorte zu suchen. Die Schrebergärten generell stellen nur eine Zwischennutzung dar, die Baurechtsparzelle liegt in einer Gewerbezone. Von der Kommission wurde bedauert, dass die Schrebergärten verloren gehen. Es ist deshalb anzustreben, dass die Schrebergärten an einem anderen Ort zur Verfügung gestellt werden könnten. Beim Ersatz der Schrebergärten ist auch zu prüfen, ob neue Formen von Gemeinschaftsgärten möglich sind. Auch hier, der Stadtrat hat das Thema bereits aufgenommen und, wie bereits erwähnt, es werden Ersatzstandorte gesucht. Ein separater Antrag ist somit nicht notwendig. In der Diskussion hat man festgestellt, dass es sich eigentlich um einen gesetzlichen Auftrag handelt und dass der Bedarf durchaus ausgewiesen ist, dementsprechend wird das Geschäft unterstützt. Allgemein fand die Kommission, dass die Ausführungen plausibel sind und eine Erweiterung am bestehenden Standort Sinn macht. Dementsprechend hat die Kommission die Genehmigung des Baurechtsvertrags einstimmig gutgeheissen.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Danke vielmals für das Einspringen. Dann ist die Diskussion jetzt eröffnet.

**Christoph Waldmeier:** Wir haben es gerade gehört, der Kanton ist mit der Planung der Kläranlagen bereits recht weit fortgeschritten. Dieses Geschäft ist notwendig. Wir erachten den vorliegenden Baurechtsvertrag als gute Lösung und geschickt ausgehandelt. Es ist einfach wichtig, dass man diese Aufgleisung von Ersatzstandorten für diese Schrebergärten nicht auf die leichte Schulter nimmt, weil doch einige Pächter aus der Telli sind, und gerade in der Telli ist es schwierig, einen Ort zu finden, wo man gärtnern oder sich auf dem eigenen Grundstück verwirklichen kann. In der Telli sind auch Leute daheim, welche nicht unbedingt ein Haus in Aarau vermögen, und darum ist es wichtig, dass man hier Ersatzstandorte sucht. Auch dass keine Einsprachen eingegangen sind, das ist für Aarau sehr selten und das zeugt auch nicht unbedingt davon, dass diese Leute kein Interesse haben. Umso mehr muss man jetzt, gerade weil keine Einsprachen eingegangen sind, auch einmal zeigen, dass es einvernehmliche, gute Lösungen gibt, ohne dass Einsprachen nötig sind, womit sich in letzter Zeit auch teilweise einzelne Leute in Szene setzen. In diesem Sinn empfehlen wir die Annahme dieses Baurechtsvertrages und ich danke dem Stadtrat für den Einsatz für die sanften Bürgerinnen und Bürger.

**Lukas Pfisterer, Stadtrat:** Danke für die fast wortlose Aufnahme dieses Geschäfts. Es ist tatsächlich ein Geschäft, welches wir umsetzen müssen, um die von uns produzierten Siedlungsabwässer auch entsprechend behandeln zu können. Das Geschäft ist letztlich eine Antwort auf eine Konzeptvorgabe des Kantons, Sie konnten das auch in der Aktenbeilage sehen, das Konzept Abwasserreinigung, damit die Abwässer auch aus ökologischer und ökonomischer Sicht langfristig regionalisiert und optimiert behandelt werden können. Dort steht auch, dass sich die Abwasserreinigungsanlagen seit 1985, als es 94 gab, auf jetzt 49 im 2013 reduziert haben, und diese Tendenz



geht weiter. Weitere Zusammenschlüsse sind vom Kanton konzeptionell vorgegeben, letztlich auch aus technischen, betrieblichen, wirtschaftlichen und auch ökologischen Gründen. Sie wissen alle, das Abwasser wird durch Medikamente, Chemikalien und Mikroverunreinigungen immer schwieriger zu behandeln. Das betrifft auch das Abwasser in unserer Region und deshalb haben wir die Anfrage des Abwasserverbandes Aarau und Umgebung erhalten, wo meine Frau Kollegin Regina Jäggi im Vorstand ist, ob wir nicht am Standort der heutigen Abwasserreinigungsanlage ein gewisses Landstück reservieren. Wir haben dieses Geschäft dann auch geprüft, haben Ihnen jetzt diesen Baurechtsvertrag vorgelegt, damit wir das Land dann eben auch langfristig für die ARA sichern können. Das tangiert, wie richtig gesagt wurde, diese Bündten. Der Stadtrat hat das auch schon erkannt und entsprechend auch die Verwaltung bereits beauftragt, nach Ersatzstandorten zu suchen. Es gibt ein Bündten-Reglement und diese Bündten sind verpachtet. Es gibt Bündten im Eigentum der Einwohnergemeinde und solche im Eigentum der Ortsbürgergemeinde. Diese werden von der Ortsbürgerverwaltung verpachtet an Aarauerninnen und Aarauern, welche kein eigenes Gartenland haben. So steht es dann auch im Pachtvertrag. Bei der Berücksichtigung, wer eine solche Bündte mieten darf, geht es auch darum, wer nah wohnt. Das sind etwa die Grundsätze, Sie finden das sonst auch noch ausgeführt im Bündten-Reglement. Wie gesagt, der Stadtrat ist sich dieses Themas bewusst, er hat schon vor längerer Zeit die Pächterinnen und Pächter angeschrieben. Wir haben keine Rückmeldungen erhalten, aber dennoch behandeln wir das Thema aktiv und versuchen, da auch Lösungen zu finden. In diesem Sinn danke ich Ihnen für die Gutheissung des stadträtlichen Antrags.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Wir kommen zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss**

*Der Baurechtsvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Aarau, als Baurechtsgeberin und Eigentümerin von Liegenschaft Aarau 4151, und dem Abwasserverband Aarau und Umgebung, als Baurechtsnehmer, wird genehmigt.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 9  
GV 2014 - 2017 / 309

## 24. Postulat "Aarau wird Fair Trade Town"; Antrag auf Nichtüberweisung

---

Am 3. August 2016 haben die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Gabriela Suter (SP), Peter Jann (GLP), Esther Belser Gisi (Pro Aarau), Christoph Waldmeier (EVP/EW) und Gérald Berthet (Grüne) das Postulat "Aarau wird Fair Trade Town" eingereicht. Das **Begehren** lautet wie folgt:

**Begehren:** *Der Stadtrat wird eingeladen, das Label "Fair Trade Town" anzustreben und sich darum zu bewerben.*

Mit Bericht vom 12. Dezember 2016 stellt der Stadtrat folgenden

**Antrag:** *Der Einwohnerrat möge das Postulat "Aarau wird Fair Trade Town" nicht überweisen.*

**Gabriela Suter:** Wir wollen, dass die Stadt Aarau eine Fair Trade Town wird und sich zu fairem Handel bekennt. Das Anliegen, welches überparteilich breit abgestützt ist, ist eigentlich einfach umzusetzen. Es gibt ja bereits einige Unternehmen und Organisationen in Aarau, die Fair Trade-Produkte anbieten und es auch begrüßen würden, wenn Aarau jetzt dieses Label anstreben würde. Diese haben sich zusammengetan und Sie haben alle einen elektronischen Brief von ihnen erhalten, dass sie bereit wären, mitzuwirken, und vorher haben sie auch noch – als kleine Bestechung vielleicht – ein Schöggeli verteilt. Es gibt viele gute Gründe, wieso fairer Handel unterstützt werden soll. Unter anderem leistet er eben halt wirklich einen Beitrag dazu – in kleinem Mass, aber trotzdem –, dass es zu einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen im Süden kommt, und er hilft mit, die weltweite Armut zumindest ein wenig abzumildern. Das Label dient dazu, zu zeigen, dass die Stadt Aarau entwicklungspolitisches Engagement zeigt, dass sie sich zu nachhaltiger Beschaffung bekennt, dass sie mit gutem Beispiel vorangeht und dass sie ihre Vorbildrolle wahrnimmt. Jetzt zu den Argumenten des Stadtrates: Belastung der Stadtkanzlei: Dieses Argument ist schon relativ übertrieben. Wie Beispiele aus anderen Gemeinden eben zeigen, beispielsweise Glarus Nord oder auch Bern, ist das Label relativ einfach zu erhalten und die Belastung der Verwaltung hält sich doch ziemlich in Grenzen. Und wer sagt eigentlich, dass die Stadtkanzlei wirklich die Koordination einer solchen Arbeitsgruppe übernehmen müsste? Wir haben z. B. auch eine Wirtschaftsfachstelle hier, und diese hat z. B. den Auftrag: Die Wirtschaftsfachstelle unterstützt die ansässigen Unternehmen und Organisationen bei Vorhaben, die einen Bezug zur öffentlichen Verwaltung haben. Das ist ein Auszug aus der Website. Und das ist ja genau eben das, wenn wir heute Abend dieses Postulat überweisen, hat die Verwaltung den Auftrag, das Label anzustreben, und entsprechend kann man mit diesen Unternehmen zusammenarbeiten. Wie der Brief, den Sie erhalten haben, zeigt, wären bereits einige Organisationen bereit, sich in einer Arbeitsgruppe zu engagieren. Dann soll sich doch die Wirtschaftsfachstelle wirklich auch um sie kümmern. Und für eine solche Koordination von drei Treffen im Jahr, denke ich, gibt es schon noch ein wenig Raum im Budget dieser Fachstelle. Die jährlich geforderte Fair-Trade-



Aktivität muss auch gar nicht unbedingt wirklich initiiert werden von der Verwaltung und überhaupt nicht umgesetzt werden, sondern da geht es ja eben um eine Zusammenarbeit mit Privaten. Diese Leistungen können z.B. gänzlich auch von diesen erbracht werden. Es ist eine Form von Public Private Partnership, welche ja auch gerade unsere rechte Ratshälfte immer wieder anstrebt. Belastung der Kommunikationsstelle: Entschuldigung, zwei bis drei A4-Seiten Medienmitteilungen im Jahr, auch das sollte eigentlich in diesem Budget Platz haben. Dann kommt noch das Argument: falscher Zeitpunkt, wir sind da mitten in diesem LUP und unsere Stadtkanzlei bzw. Verwaltung ist total überlastet damit. Ich glaube, dass dies eine sehr fordernde Aufgabe ist. Wir wissen aber auch von anderen überwiesenen Postulaten, ich erinnere an das Verkehrskommissions-Postulat, welches beispielsweise auch noch nicht umgesetzt ist. Das heisst also nicht, dass man dann morgen früh um acht Uhr damit beginnen muss, diese Arbeitsgruppe zusammenzutrommeln, wenn wir heute Abend das Postulat überweisen würden. Und bei diesem Anliegen handelt es sich jetzt wirklich um eine sehr, sehr bescheidene freiwillige Leistung. Und da sind wir jetzt wieder beim Tausendstel, wie vorher Peter Roschi ja auch gesagt hat – es geht um Fr. 1'900 pro Jahr als Beitrag für dieses Label, es geht um drei Medienmitteilungen pro Jahr – also eben, zwei bis drei A4-Seiten –, es geht um die Koordination einer Arbeitsgruppe mit drei Sitzungen im Jahr und es geht um die Bewerbung einer Veranstaltung. Also bitte, das darf doch unsere Stadt Aarau wirklich noch vermögen. Ja, entweder man will diese freiwillige Leistung, oder man will sie nicht, das ist jetzt an Ihnen allen zu entscheiden. Ich komme zum Schluss: Fair Trade Town ist ein Projekt, hinter dem bereits heute viele Leute stehen, innerhalb kurzer Zeit kam da eine Gruppe zusammen. Es ist einfach umsetzbar in Zusammenarbeit mit Privaten. Und es zeigt eben, dass Aarau sich zu fairem Handel bekennt und sensibilisiert in dem Sinn auch die Bevölkerung für das Thema, welches ja der Stadtrat selbst als grundsätzlich unterstützungswürdig bezeichnet, man kann eigentlich gar nichts gegen fairen Handel haben. Also dann, wirken wir doch jetzt darauf hin, dass die Stadt Aarau und der Stadtrat zur Tat schreiten. Ich bitte Sie alle, das Postulat zu überweisen.

**Simon Burger:** Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie keine Fotos machen dürfen. Wie ich allerdings gesehen habe, ist es weiterhin zulässig, gelangweilt auf dem Handy herumzudrücken. Also, machen Sie es sich bequem. Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates folgen und das Postulat nicht unterstützen. Die politische Linke verpackt dieses Anliegen wie gewohnt geschickt in einer positiven Botschaft. Dies führt dazu, dass man schon fast ein Unmensch ist, wenn man dieses Anliegen nicht unterstützt. Bei näherer Betrachtung sprechen aber verschiedene Gründe gegen das Postulat: Erstens, Fair Trade bringt wenig. Fair Trade-Produkte bringen vor allem den Anbietern der Produkte etwas. Die Konsumenten sind bereit, deutlich höhere Preise zu bezahlen, wenn sie dafür mit gutem Gewissen ins Bett gehen können. Das Problem ist, dass ein Grossteil dieses Aufpreises gar nie im Entwicklungsland ankommt, sondern bei den Fair Trade-Läden oder den Labelvermarktern hängen bleibt. So gelangen denn auch namhafte Entwicklungsforscher zum Schluss, dass Fair Trade-Produkte eines der ineffektivsten Mittel der Armutsbekämpfung sind. Verstehen Sie mich bitte richtig, es ist schon so, dass ein Teil dieser überhöhten Preise in den Entwicklungsländern ankommt, nur ist es eben ein sehr kleiner Teil. Insofern ist Fair Trade wenig effektiv. Aber es klingt natürlich gut. Zweitens sind wir der Meinung, dass der Konsument nicht bevormundet werden soll. Mit schönen Worten führt die Aktionsgruppe in ihrem Brief vom 20. Februar 2017 aus, dass sie den Konsumenten eine Orientierungshilfe in der heutigen vielfältigen Lebenswelt geben wollen. Tönt ja schön. Nur ist der Konsument nicht so überfordert, wie einem hier glaubhaft gemacht wird. Der Konsument weiss ganz genau, was er will, und er soll selber entscheiden. Dazu braucht es keine staatlichen Förderprogramme, diese sind letztlich nur Werbung für diese Fair Trade-Läden. Drittens führt das Postulat zu zusätzlichen Kosten. Der Jah-



resbeitrag für das Label ist mit 1'900 Franken vergleichsweise bescheiden, wobei man sich durchaus fragen soll, wofür man diesen Betrag eigentlich bezahlt. Die übrigen Folgekosten sind nicht zu unterschätzen. Die Verwaltung muss auf teure Fair Trade-Produkte umsteigen, Arbeitsgruppen müssen gebildet und Fair Trade muss aktiv beworben werden. Das ist unnötig und liegt nicht drin. Aarau hat andere Probleme. Ein kleines Detail am Rand: Fair Trade ist in, genauso wie Öko und Bio, und heute bekennen sich schon fast alle Marktanbieter zu Fair Trade. Nespresso, der Kaffee, welcher in der Verwaltung getrunken wird, investiert in Fair Trade, Coop und Migros bekennen sich zu Fair Trade. So gesehen können Sie heute Abend dieses Postulat ablehnen und trotzdem mit gutem Gewissen ins Bett gehen.

**Gerald Berthet:** AZ vom 18. Februar 2017: Schweizer Milch für die Welt. Damit liesse es sich für die hiesigen Bauern lange gut leben. 20 Millionen Schweizer Franken investierte der Bund jährlich, um Milchpulver nach Afrika, Asien, Lateinamerika zu schicken, 2015 allein fast 3'000 Tonnen. Eine gute Sache, die Schweizer Landwirtschaft konnte so einen Teil ihres Überschusses an Milch zu attraktiven Preisen verkaufen. 17. Februar 2017 Mail von Fair Trade Helvetas: Bern wird Fair Trade Town. Als dritte Schweizer Stadt wurde Bern am 13. Februar 2017 als Fair Trade Town ausgezeichnet. Innerhalb eines knappen Jahres gelang es der Stadt, alle fünf Kriterien zur Auszeichnung als Fair Trade Town zu erfüllen. In den vergangenen Monaten wurden über hundert Unternehmen, Schulen, Kitas, Spitäler, Hotels und Gastronomiebetriebe sowie Institutionen überzeugt, Produkte aus fairem Handel in ihr Sortiment aufzunehmen. Damit setzt Bern als erste Grossstadt ein weiteres Zeichen für ihr sozial-politisches Engagement. Handel ist offenbar wichtig, auch für unsere Schweizer Bauern. Ein fairer Preis, der das Überleben eines Betriebs sichert, und ein konstanter Absatzmarkt, damit sich Investitionen auch rechnen über die Jahre. Das gilt offensichtlich für alle Bauern oder Produzenten auf dieser Welt, fairer Handel eben. Nur ist es für den Dattelnbauern in Tunesien ziemlich schwieriger, im Handel mitzumischen, weil eben die Weltmarktpreise von wenigen grossen Playern bestimmt werden. Auch der Schweizer Bauer müsste den Hof verkaufen, wenn er solche Preise erhalten würde. Hat das aber etwas mit Aarau und dem Einwohnerrat zu tun? Können auch Leute, welche der Entwicklungshilfe berechtigterweise kritisch gegenüberstehen, dieser Art von Handel zustimmen? Wenn man weniger Migration will, vor allem von schlecht ausgebildeten Leuten, dann ist genau das die wichtigste Massnahme: vor Ort den Handel zu stützen, damit ein Einkommen zum Leben möglich ist. Bei gebana, HELVETAS, Magasins du Monde usw. kann man Produkte kaufen, welche das garantieren. Übrigens ist dort auch z. B. der frische Alpkäse von unseren Bergen im Sortiment. Und weil Grosskunden natürlich wichtig wären, braucht es eben gerade mehr als nur Einzelpersonen, sondern wenn möglich ganze Städte, welche mitmachen. Der verwaltungsseitige Aufwand ist jedoch hoch und steht in einem ungünstigen Verhältnis zum erwarteten Nutzen für die Stadt, meint der Stadtrat. Dazu gäbe es viel zu sagen. Erwähnt sei nur, wie locker andere Städte dies geschafft haben und dass delegieren an interessierte Läden in Aarau auch für eine Aarauer Verwaltung möglich wäre. Und wenn man daran denkt, dass mittelfristig einige Menschen weniger bei uns und in der Sozialhilfe landen, wer weiss, würde es sich vielleicht nicht nur ideell, sondern auch finanziell lohnen. Dieser Satz in der Botschaft des Stadtrates erschreckt uns Grüne. Er zeugt von Verbohrtheit, ist Stabilo, LUP und offenbar die Hoffnungslosigkeit, ja Frustration, weit weg von einem Leitsatz wie „gouverner, c'est prévoir“, wo Ideen gefragt sind, ein Hinausschauen über die eigene Nase. Als ich ein wenig später nochmals darüber nachdachte, ertappte ich mich dabei, alles politisch, finanz- und migrationspolitisch erklärt zu haben – im Grunde genommen ist es aber eine Sache des gesunden Menschenverstandes. Der Norden ist reich, der Süden arm, schuld ist der Norden, das weiss eigentlich jeder Kindergärtner. Und dass dafür der ungerechte Handel verantwortlich ist, ist auch jedem Oberstu-



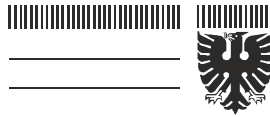
fenschüler bekannt. Zugegeben, wir können Afrika nicht retten, aber machen wir wenigstens ein kleines Schrittchen in die richtige Richtung. Sehr geehrter Stadtrat, nehmen Sie doch diesen Steilpass der Aktionsgruppe Fair Trade Town Aarau auf und pfeifen Sie nicht Offside. Der Start für diese Arbeit wäre getan, es gibt bereits wichtige Partner für die zukünftige Arbeit, die noch wartet. Ich hoffe, dass auch die SVP und die FDP dem fairen Handel zustimmen können, weil sie ja genau das auch für die Schweiz immer wieder fordern, trotz Hochpreisinsel. Darum lehnen wir diesen Antrag des Stadtrates ab, und ich bitte Sie, helfen Sie mit, diesen Ball am Rollen zu halten und das Postulat zu überweisen. Vielen Dank.

**Barbara Schönberg von Arx:** Wollen wir eine Stadt, die nicht für einen fairen Handel entsteht? Nein. Wollen wir eine Stadt, die nicht für eine sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Beschaffung von Produkten entsteht? Nein. Wollen der Detailhandel, die Gastronomie, die Hotel-lerie, die einbezogenen Institutionen und die Unternehmen nicht auch einen fairen Handel? Hoffentlich. Wollen wir eine Stadt, welche, wenn sie sich schon für den fairen Handel einsetzt, gleichwohl auf das Label verzichtet? Es gibt vielleicht Kolleginnen und Kollegen, welche sagen würden, diesen Sticker brauchen wir nicht wirklich, und das stimmt, diesen Sticker brauchen wir nicht wirklich. Aber wir von der CVP stimmen für das Postulat. Wir möchten mit diesem Label, dass die Stadt entsteht für einen fairen Handel, weil das Label ein Credo ist für Nachhaltigkeit, für eine Befriedung dieser Welt, die wir dringend brauchen, auch für lokale Produkte, für Regionalität, welche der ökologischen und ökonomischen Stossrichtung der CVP entspricht.

**Christoph Waldmeier:** Bei dem Postulat geht es vor allem um einen Anstoss, den die Stadt gibt. Sehr viele Fair Trade-Produkte werden verkauft und so können beispielsweise auch bei diesen jährlichen Anlässen private Geschäfte ihre eigenen Produkte vorstellen. Es geht nicht darum, dies sehr pompös und gross aufzugleisen, es geht vor allem auch um den Anstoss. Und das sollte man jetzt, wenn so viele interessierte Personen da sind, auch nicht blockieren. Und so schlecht, wie Fair Trade gemacht wurde, ist es nicht. Es gibt nicht nur wirtschaftliche Faktoren – ich will nur einen anführen: Es ist z. B. auch das Verbot von Kinderarbeit, dies gewährleistet Fair Trade. Und darum empfehle ich sehr, nutzen wir doch die Chance, das Postulat zu überweisen.

**Pascal Benz:** Fair Trade geniesst innerhalb der FDP einiges an Sympathie. Wir sind der Ansicht, dass es jedem und jeder möglich sein soll, auf dieser Welt als freier Unternehmer und Unternehmerin sein Glück zu finden. Wir sind auch für die Freiheit des Konsumenten, Waren erwerben zu können, welche seinem persönlichen Standard und seinen moralischen Vorstellungen entsprechen. Wir haben uns folglich immer für geeignete Rahmenbedingungen eingesetzt, welche fairen und freien Handel ermöglichen. Es gibt auch zahlreiche private Organisationen, die sehr wirksame Öffentlichkeitsarbeit leisten und auch im Handel tätig sind. Ich verweise da z. B. auf die Max Havelaar-Stiftung, die mittlerweile den Bananenmarkt in der Schweiz sogar dominiert. Die Postulanten hingegen verlangen, dass die Stadt, die öffentliche Hand die Koordination und die Öffentlichkeitsarbeit übernehmen soll. Für uns gehört dies jedoch nicht zu den Kernaufgaben einer Stadt. Die Gruppe „Aarau wird Fair Trade Town“ darf gerne im Namen der Stadt die geforderten Leistungen im Rahmen eines gemeinnützigen Engagements durchführen und so das Label erringen. Darum sehen wir von der FDP Aarau jetzt keinen Grund, dieses Postulat anzunehmen, welches einzig zusätzliche Aufgaben und zusätzliche Kosten für die Stadt bringt.

**Jolanda Urech, Stadtpräsidentin:** Vielen Dank für die vielfältigen Voten, die zu dem Thema abgegeben worden sind, welches doch auch sehr bewegt und wo eben auch viele Überlegungen



dahinterstehen, was unsere Verantwortung in der heutigen Welt anbelangt. Und diesen schliesst sich der Stadtrat natürlich grundsätzlich auch an, darum führt er in seiner Botschaft auch aus, dass er das eigentlich grundsätzlich eine gute Sache findet, dass er Fair Trade und fairem Handel auch positiv gegenübersteht. Sie können dieser Botschaft aber auch die Haltung entnehmen, die den Stadtrat eigentlich primär getrieben hat, Ihnen trotzdem zu beantragen, das Postulat nicht zu überweisen. Und dies ist tatsächlich, dass wir im Moment sehr grosse Anstrengungen unternehmen und sehr viel Energie darauf verwenden, mit dem Projekt LUP eben einen Beitrag dazu zu leisten, die Finanzen der Stadt ins Gleichgewicht zu bringen. Und dazu gehören einerseits Einsparungen, wo wir Leistungen jetzt dann auch überprüfen können in Bezug darauf, wo Einsparungen möglich sind und wo nicht. Das andere ist, dass wir die Leistungen in freiwillige und vorgegebene oder gesetzliche Leistungen, wenn man es so nennen will, einteilen und uns überlegen, was wir auch in Zukunft wollen. Und genau in dieser Phase kommen jetzt solche Wünsche, wo wir uns halt dann sagen mussten, ja, es gibt sehr vieles, was unterstützungswürdig ist – aber können wir im Moment alles, was auch unterstützungswürdig ist, selber machen? Wir haben auch diesen Aufwand und, Pascal Benz, ich glaube, es ist eben so, dass die Stadt da eine wichtige Rolle spielen muss. Wenn man diese Auszeichnung erringen will, dann muss sich die Stadt dazu bekennen und muss eben auch diese Aufgaben erfüllen, welche hier auf Seite 2 der Botschaft vorgegeben sind. Und diese haben wir als nicht unerheblich angesehen, obwohl es relativ einfach daherkommt, aber wo man doch eine koordinierende und aktive Rolle von der Stadt erwartet, indem sie nebst diesen Sitzungen eben auch Veranstaltungen und regelmässige Berichterstattungen usw. anbietet. Es sind heute in dem Sinn eigentlich zwei Geschäfte, die aus der Optik des Stadtrates ein wenig in das LUP hineinreichen. Einerseits jenes über die Energie- und Klimapolitik, wo es eben darum ging, in den Finanzen irgendwo diese Abwägung zu machen. Andererseits hier, wo wir sagen, es ist eine freiwillige Aufgabe. Wir sind im Moment daran, die freiwilligen Aufgaben zu überprüfen und zu bewerten und möchten uns jetzt in dieser Phase nicht wieder eine neue solche Aufgabe geben. Ich gebe hier unverhohlen zu, dass bei diesem ganzen LUP-Projekt der Stadtrat natürlich sehr darauf angewiesen ist, dass der Einwohnerrat auch mit dem Stadtrat zusammen am gleichen Strick zieht und ihn da unterstützt, damit wir überhaupt diese Ziele erreichen können, die wir uns selbst gesteckt haben. Insofern beantragt der Stadtrat, dieses Postulat nicht zu überweisen. Nicht wegen der Sache, sondern, wie gesagt, aus den vorher dargelegten Überlegungen.

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Dann kommen wir zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja-Stimmen gegen 20 Nein-Stimmen folgenden

### **Beschluss**

*Das Postulat "Aarau wird Fair Trade Town" wird an den Stadtrat überwiesen.*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.





Traktandum 10  
GV 2014 - 2017 / 306

## 25. Kreditabrechnung Überbauung Mühlemattstrasse, Umlegung Kanalisations- und Sauberwasserleitung

---

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Mit Datum vom 5. Dezember 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Überbauung Mühlemattstrasse, Umlegung Kanalisations- und Sauberwasserleitung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 750'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 300'000.00 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 450'000.00 oder 60 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 14. Februar 2017 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Überbauung Mühlemattstrasse, Umlegung Kanalisations- und Sauberwasserleitung".*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 11  
GV 2014 - 2017 / 315

## 26. Kreditabrechnung Einrichtung und Ausstattung Stadtmuseum

---

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Mit Datum vom 12. Dezember 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Einrichtung und Ausstattung Stadtmuseum". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 2'020'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 2'113'411.09 ab. Es resultiert somit eine Kreditüberschreitung von Fr. 93'411.09 oder 4.62 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 14. Februar 2017 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Einrichtung und Ausstattung Stadtmuseum".*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 12  
GV 2014 - 2017 / 320

## 27. Kreditabrechnung Sanierung Florastrasse, Projektierung

---

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Mit Datum vom 19. Dezember 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Sanierung Florastrasse, Projektierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 70'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 20'933.30 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 49'066.70 oder 70.10 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 14. Februar 2017 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Sanierung Florastrasse, Projektierung".*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 13  
GV 2014 - 2017 / 321

## 28. Kreditabrechnung Werkleitungserneuerungen und Belagssanierung Rauchensteinstrasse / Hunzikerstrasse

---

**Lelia Hunziker, Präsidentin:** Mit Datum vom 19. Dezember 2016 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Werkleitungserneuerungen und Belagssanierung Rauchensteinstrasse / Hunzikerstrasse". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 620'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 587'943.75 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 32'056.25 oder 5.17 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 14. Februar 2017 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

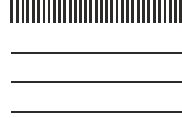
### **Abstimmung**

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss**

*Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Werkleitungserneuerungen und Belagssanierung Rauchensteinstrasse / Hunzikerstrasse".*

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Schluss der Sitzung: 23.05 Uhr

**EINWOHNERRAT AARAU**

Die Präsidentin:

Lelia Hunziker

Der Protokollführer:

Stefan Berner